

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

50 Jahre Anwerbung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern aus der Türkei – wir suchen Zeitzeugen.

Am 30. Oktober 1961 schloss die Bundesrepublik Deutschland mit der Regierung der Türkischen Republik ein Abkommen über die „Anwerbung und Vermittlung ausländischer Arbeitnehmer“. Viele Veranstaltungen erinnern in diesem Jahr an dieses Datum und welche Bedeutung die Arbeitskräfte aus der Türkei für die Wirtschaft Berlins nach dem Mauerbau hatten. Die angeworbenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben schließlich Berlins Wirtschaft mit am Leben gehalten, als die Mauer sie vom Umland abschottete.

Der Integrationsbeauftragte plant dazu den Aufbau einer Internetseite mit einem aktuellen Veranstaltungskalender im Jubiläumsjahr. Zu Wort kommen sollen dort auch Stimmen der 1. Einwanderergeneration, um Berlin als Stadt der Einwanderung zu würdigen. Dazu suchen wir die Beiträge von Zeitzeugen und bitten um Ihre Mithilfe:

Wie haben Sie und Ihre Familie die Zeit der Anwerbung und die ersten Jahre in Berlin erlebt? Schicken Sie uns Ihren Beitrag auf einer Seite, möglichst per E-Mail. Möglichst auch 1-2 Fotos aus dieser Zeit.

Die Beiträge und Fotos werden wir auswählen und sie dann nach Rücksprache mit Ihnen auf der Internetseite veröffentlichen. Bilder und Beiträge schicken Sie bitte an folgende Adresse:

Beauftragter für Integration und Migration - Öffentlichkeitsarbeit -
Potsdamer Straße 65, 10785 Berlin, E-Mail: newsletter@intmig.berlin.de.
Bei Rückfragen Tel.: (030) 9017-2357

Ihre Redaktion

BERLIN INTERNATIONAL erscheint wieder am 01.06.2011.
Redaktionsschluss für die Juni-Ausgabe (Nr. 80) ist der 23.05.2011.

IMPRESSUM: BERLIN INTERNATIONAL. Ein e-Informationsforum des Beauftragten des Senats von Berlin für Integration und Migration. Potsdamer Straße 65; 10785 Berlin. Vormals „Top - Berlin international“. Erscheint mit elf Ausgaben im Jahr als E-Mail-Anhang im PDF-Format und ist kostenlos. Die Dateigröße kann je nach Inhalt zwischen 1 und 2 MByte variieren. Abonnementbestellung/ -löschung und Zusendungen für die Veröffentlichung in BERLIN INTERNATIONAL unter folgender E-Mail-Adresse: Newsletter@intmig.berlin.de. Keine Haftung für unverlangt zugeschicktes Material und kein Anspruch auf Veröffentlichung. Auszugsweiser Nachdruck und Vervielfältigung erwünscht. Redaktion, Grafik und Produktion: Fred Vollmer, IntMig 12; Tel: (030) 9017-2374 /-34; Fax: 9017-2320, Martina Gembus, IntMig B 4, (030) 9017-2327 (Vertr.). Diese und weitere Ausgaben im Internet unter <http://www.berlin.de/lb/intmig/publikationen/top/index.html>. 29.04.2011 [1.612 | Jahrgang 28]

Der interkulturelle
Kalender für den
Monat Mai

1	Tag der Arbeit, Shoah-Gedenktag
2	
3	
4	
5	
6	St. Georgsfest der Roma
7	
8	Muttertag, Ende des 2. Weltkriegs in Europa
9	
10	
11	
12	
13	
14	
15	
16	
17	Buddh. Neujahr Wesak 2555
18	
19	
20	
21	
22	
23	
24	
25	
26	
27	
28	
29	
30	
31	

Integrationsbeauftragter aktuell

50 Jahre Anwerbung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern aus der Türkei:
 Bitte senden Sie uns ihre Veranstaltungstermine4
 „Arbeitnehmerfreizügigkeit in der EU – Chancen und Risiken in der Arbeitsregion Berlin-Brandenburg“4
 Informationen rund um die EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit5
 „Anteil der Auszubildenden mit Migrationshintergrund bis 2013 auf 25 Prozent erhöhen“5
 Einbürgerungskampagne „PASSSt MIR!“ an den Volkshochschulen:
 Deutsch lernen mit dem Pass - von Anfang an!6
 Respekt gewinnt! – Der Projekt-Wettbewerb für ein weltoffenes Berlin7
 Eurocities-Initiative zur Einbeziehung von Roma -
 Integrationsbeauftragter beteiligt sich an einem neuen transnationalen Projekt8
 EU-Fonds-Ausschreibungen 2011: EFF/EIF/ERF. Frist: **06.05.2011**8

Aus dem Landespressedienst

Zweiter Bildungsbericht für Berlin und Brandenburg9
 Wolf: „Arbeitnehmerrechte nur auf dem Papier nützen nichts!“10
 5. Jahrestagung des CertiLingua-Netzwerks in der Robert-Jungk-Oberschule10
 Kreuzberger Grundschule für Europaprojekt geehrt11
 Innensenator Dr. Ehrhart Körting legt Bericht zur Kriminalität in Berlin 2010 vor
 "Welche Farbe hat Deine Toleranz?"12
 Preisverleihung zum Kunstwettbewerb für Kinder und Jugendliche12
 Neue Seite „Nach der Schule“ online. Senatsverwaltung bündelt Informationsangebote zu
 Berufsausbildung, Studium, Freiwilligendiensten und Auslandsaufenthalten13
 Landeskommission Berlin gegen Gewalt lobt den Berliner Präventionspreis 2011 aus.
 Frist: **24. Juni 2011**13
 Arbeitsstipendien für Schriftstellerinnen und Schriftsteller 2011 vergeben13
 Senator Ehrhart Körting legt Verfassungsschutzbericht 2010 vor14
 Berliner Gesetze kostenlos im Internet18
 Berlin Kampagne „Berlin liebt! Respekt macht’s möglich.“ geht auf Tour19
 Die Grundschulen der Staatlichen Europa-Schule Berlin feiern den
 GRAND PRIX DE LA PETITE CHANSON19
 Wowereit begrüßt EU-weite Arbeitnehmerfreizügigkeit:
 „Bundesregierung muss umgehend flächendeckenden Mindestlohn einführen“19
 Arbeitssenatorin Bluhm zu den aktuellen Arbeitsmarktzahlen:
 Arbeitslosigkeit sinkt – Arbeitnehmerfreizügigkeit ab 1. Mai bietet Chancen für Berlin20

Anfragen an den Senat

„Förderung von innovativen Projekten durch den Integrationsbeauftragten nicht möglich?“ (Link)
 und weitere Anfragen ab Seite21

Aus Europa, Bund und Ländern

Berliner Europaportal und Europa-Newsletter21
 3.527 Asylanträge im März 201121
 BAMF: Integrationsportal wird abgeschaltet22
 SVR: Migrationsgutachten 2011 vorgelegt. Mehr Mut zu klaren Konzepten gefordert22
 Interessenbekundungsverfahren zur Einrichtung von Fachstellen
 zu Schwerpunktthemen der Arbeitsmarktintegration. Frist: **06.05.2011**22
 EU-Kommission: Nationale Strategien zur Eingliederung der Roma vorgelegt23

Initiativen

Wettbewerb für Unternehmen: „Vielfalt in der Arbeit“23
 Interkulturelle Öffnung von Unternehmen in Berlin. Einsendeschluss: **30.06.2011**23
 Multimedia-Wettbewerb: NICE TO MEET YOU. Kulinarische Kollisionen in 100 sec
 Einsendungen bis zum **17.7.2011**24
 Wettbewerb: Ideen für die Bildungsrepublik. Bildungsgerechtigkeit für Kinder und Jugendliche
 Frist: **16.05.2011**24

Landessportbund Berlin: Integrationspreis des Berliner Sports. Bewerbungsfrist: 30.06.201125
--	---------

Workshops/ Tagungen

04.05., bridge – Fachveranstaltung: Flüchtlinge als Fachkräfte - Wie Unternehmen aktiv werden25
09.05., Fachtagung: Milch und Honig oder Heulen und Zähneklappern. Was erwartet EU-Bürgerinnen und EU-Bürger in Berlin? Anmeldung bis 29.04.201126
11.05., Fachtagung: „Jetzt reden wir“ – Russischsprachige ältere Zuwanderer und Zuwanderinnen engagieren sich in Berlin27
18.05., Fachtag: „Ältere Zuwanderinnen und Zuwanderer mischen sich ein...Wir hören zu...“27
19.05., Workshop: "Ahlan wa sahan? Herzlich willkommen? Arabische Migranten in Deutschland und ihre gesellschaftliche Integration". Anmeldung bis 17.05.201127
24.05, Forum: Friedensgutachten 2011. Aufbruch in der arabischen Welt - und Europa?28
Ab 25.05., (auf Spanisch): Einladung zum Workshop "Die Erfahrung als Migrantinnen und unsere häufigsten Erziehungsfragen". Anmeldung bis: 09.05.201129
Bis 07.07., TU-Berlin: Ringvorlesung Entwicklungspolitik. Bildung, Wissen und Entwicklung29
27.-28.06., Konferenz: „Freiwillige für den Naturschutz – generationenübergreifend und interkulturell unverzichtbar“. Anmeldung bis: 30.05.201129

Qualifizierungen

Aktuelle Fortbildungen im (FCZB) • Auslandspraktikum für arbeitslose Akademikerinnen • Fortbildung „Präsentieren Sie sich im Web mit WordPress“30
CHANCE BJS gGmbH. Kurse für TeilnehmerInnen in Arbeitsgelegenheiten30
Kurdistan Kultur- und Hilfsverein e. V. Projekt Berufsorientierung für Flüchtlingsfrauen - PBF Neuer Kurs startet am 29.08.201131
zfm: Qualifizierungskurse31
ISI e.V.: „Existenzgründung für Immigrantinnen in drei Monaten“32

Aus Projekten und Vereinen

MRBB e.V.: DVD zum Projekt „gut angekommen“33
Babel e.V.: Programm Mai 201133
Bayouma-Haus der AWO: Programm Mai 201134
ARiC e.V.: Verleihung des Interdialogpreises 2010/1135

Veranstaltungen

04. bis 08.05.: XXVI. Black International Cinema Berlin 201136
5. bis 16. Mai 2011: Berliner Europawoche37
07.05., Straßenfest: 3. Herdelezi Roma Kulturfestival in Berlin38
Bis 08.05., HKW: Ausstellung: Blackbox Abschiebung38
16.05.: Internationaler Tag gegen Homophobie in Treptow-Köpenick38
20.-21.05., WdK: Weltmusik-Börse39
21.05.: Fest für Demokratie und Toleranz am Bahnhof Schöneweide39
21. bis 22.05., FEZ-Berlin: Ho[sch]geldin Berlün – Willkommen Berlin! Deutsch-Türkisches Jugend- und Familienfest39
27.05., Begegnung der Kulturen: Griechisch-kurdisch-türkischer Abend40
Kultur bewegt e.V.: Stadtteilführungen im Mai 2011 „Route 44/ Zweite Heimat Neukölln/ Route 6540

Veröffentlichungen

Kinderbuchneuerscheinung: Adile - Ein Mädchen aus Istanbul41
Studie: Menschenhandel zum Zweck der Arbeitsausbeutung41

Integrationsbeauftragter aktuell



50 Jahre Anwerbung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern aus der Türkei:

BITTE SENDEN SIE UNS IHRE VERANSTALTUNGSTERMINE

Am 30. Oktober 1961 schloss die Bundesrepublik Deutschland mit der Regierung der Türkischen Republik ein Abkommen über die „Anwerbung und Vermittlung ausländischer Arbeitnehmer“. Viele Veranstaltungen erinnern in diesem Jahr an dieses Datum und welche Bedeutung die Arbeitskräfte aus der Türkei für die Wirtschaft Berlins nach dem Mauerbau hatten.

Veranstaltungstermine rund um den Jahrestag des Anwerbeabkommens mit der Türkei werden wir auch hier im Newsletter veröffentlichen. Bitte teilen Sie uns Ihre Hinweise und Termine mit, ebenfalls unter:

newsletter@intmig.berlin.de.

Die Veröffentlichung der Veranstaltungstermine ist natürlich kostenlos und Sie erreichen einen großen Kreis von Leserinnen und Lesern.

„ARBEITNEHMERFREIZÜGIGKEIT IN DER EU – Chancen und Risiken in der Arbeitsregion Berlin-Brandenburg“

Gemeinsame Tagung des BBGM und der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland

Senatorin Bluhm: „EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit heißt, Chancen sichern und Risiken minimieren“

Am 1. Mai tritt die Freizügigkeit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus acht Staaten in Kraft, die 2004 der EU beigetreten waren. Für die Menschen aus den osteuropäischen Nachbarländern, die in der Region Berlin-Brandenburg arbeiten wollen, bringt diese Freizügigkeit viele Chancen. Insbesondere stärkt sie die Rechtsstellung der Betroffenen, weil sie legale Wege der Arbeitsmigration schafft. Aber es dürfen auch nicht die Risiken verschwiegen werden, die sich beispielsweise aus der Unkenntnis von Arbeitnehmerrechten und Schutzmöglichkeiten ergeben. Arbeitnehmerfreizügigkeit und Gute Arbeit dürfen nicht in Widerspruch zueinander stehen.

Wie sich die Chancen bestmöglich nutzen lassen und wie zugleich präventiv den Risiken begegnet werden kann, dass Arbeitsmigrantinnen und –migranten aufgrund ihrer Verletzlichkeit und Unkenntnisse über ihre Rechte Opfer von schlechten Arbeitsbedingungen und Arbeitsausbeutung werden, darüber diskutierten auf einer Tagung am 8. April Experten und Expertinnen aus Politik, Wissenschaft sowie von Arbeitgebern und Gewerkschaften. Die Tagung wurde vom Berliner Bündnis gegen Menschenhandel zum Zweck der Arbeitsausbeutung (BBGM), zu dessen Initiatoren die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales gehört, gemeinsam mit der Vertretung der Europäischen Kommission durchgeführt.

Dazu erklärt die Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales Carola Bluhm: „Die Arbeitnehmerfreizügigkeit macht es möglich, dass Menschen aus Mittel- und Osteuropa nunmehr nicht nur frei über ihren Aufenthaltsort, sondern auch über ihren Arbeitsort entscheiden können. Sie genießen als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der EU gleiche Rechte und den gleichen Schutz. Berlin ist fest entschlossen, seine Kultur des Willkommens, zu der eine leicht zugängliche Informations- und Unterstützungsarbeit gehören, weiter zu auszubauen.“

Im Mittelpunkt der Tagung stand die Entwicklung von Strategien zum Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus den Beitrittsstaaten und zur Prävention von Menschenhandel zum Zweck der Arbeitsausbeutung. Einige Beispielfälle aus der Beratungspraxis von Arbeitgebern und Gewerkschaften illustrierten die potenziellen Gefahren, denen sich Beschäftigte ausgesetzt sehen, die teilweise nicht oder nur schlecht Deutsch sprechen und die sich aufgrund fehlender Informationen über ihre Rechte in teilweise ausbeuterische Arbeitsbedingungen zwingen lassen.

Ein solcher Fall ist der eines polnischen Bauarbeiters, der sich vergangenen Dezember beim Beratungsbüro für entsandte Beschäftigte des DGB Bezirk Berlin-Brandenburg meldete. Er und drei Kollegen aus Rumänien arbeiteten da schon seit zwei Monaten auf einer Baustelle in der Nähe des Berliner Hauptbahnhofs, hatten aber außer einem Taschengeld keinen Lohn ausgezahlt bekommen. Zehn Euro pro Stunde waren dem Mann aus Polen von einem Vermittler versprochen worden, bei dem er sich auf eine Annonce in einer polnischen Zeitung hin gemeldet hatte. In Berlin war nur noch von fünf Euro die Rede, doch erhielt er weder einen Vertrag noch den Lohn. Um seine Unterkunft in einem Hostel nicht zu verlieren, musste er zudem dort putzen und malern. Für den von der Beratungsstelle eingeschalteten Anwalt besteht in diesem Fall ein klarer Verdacht auf Menschenhandel.

Um Arbeitsausbeutung und Menschenhandel entgegen zu wirken, hat das BBGM Infolyer über die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in 14 verschiedenen Sprachen entwickelt, welche auf der Tagung

vorgestellt wurden. Die Flyer können hier heruntergeladen werden.

Erste Erkenntnisse aus einer auf der Konferenz vorgestellten Studie zeigte basierend auf der Befragung von Arbeitsmigranten und -migrantinnen, wie sich der konkrete Unterstützungs- und Informationsbedarf am besten abdecken lässt, um das Ausbeutungsrisiko zu mindern. Darauf aufbauend sollen in der Region Berlin-Brandenburg nun entsprechende maßgeschneiderte Strategien entwickelt werden.

[PM v. 08.04.2011]

Internet: <http://www.gegen-menschenhandel.de/index.php?lang=de>

Zur Rede von Senatorin Frau Carola Bluhm
<http://www.gegen-menschenhandel.de/Downloads/Rede%20Frau%20Bluhm.pdf>

INFORMATIONEN RUND UM DIE EU-ARBEITNEHMERFREIZÜGIGKEIT

Zum 1. Mai 2011 enden die Übergangsbestimmungen zur Freizügigkeit für die im Jahr 2004 der Europäischen Union beigetretenen Mitgliedstaaten Polen, Ungarn, Tschechien, Slowakei, Slowenien, Estland, Lettland sowie Litauen. Mit dem Auslaufen der Übergangsbestimmungen benötigen Staatsangehörige der sogenannten EU-8 für eine Beschäftigung in Deutschland keine Arbeitsgenehmigung mehr. Daneben entfallen letzte Beschränkungen für Dienstleister in den Branchen Bau, Gebäudereinigung und Innendekoration bei der Entsendung von Arbeitnehmern nach Deutschland.

Info-Faltblatt über die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in 14 verschiedenen Sprachen:

http://www.gegen-menschenhandel.de/index.php?option=com_content&view=article&id=96&lang=de

Zur BMAS Broschüre „Beschäftigung und Entsendung von Unionsbürgerinnen und Unionsbürgern“ (auch in polnischer und englischer Sprache):

http://www.bmas.de/portal/51150/a805_entsendung_eu_buerger.html

http://www.bmas.de/portal/51144/property=pdf/a805_beschaeftigung_entsendung_unionsbuerger.pdf

BMAS: Fragen und Antworten zur Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer in Deutschland:

http://www.bmas.de/portal/31660/property=pdf/2009_03_11_faq_beschaeftigung_auslaendischer.pdf

Anlaufstellen und Beratungsangebote für Betroffene von Arbeitsausbeutung und Menschenhandel:

<http://www.gegen-menschenhandel.de>

del.de/index.php?option=com_content&view=article&id=94&lang=de

Einzelheiten zu für allgemeinverbindlich erklärten Arbeitslöhnen finden Sie auf der Internetseite der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, Gemeinsames Tarifregister Berlin und Brandenburg:

<http://www.berlin.de/sen/arbeit/tarifregister/index.html>

Senatorin Bluhm zu den neuen Zahlen der Kampagne „Berlin braucht dich!“:

„ANTEIL DER AUSZUBILDENDEN MIT MIGRATIONSHINTERGRUND BIS 2013 AUF 25 PROZENT ERHÖHEN“

Über 19 Prozent der 2010 in der Berliner Verwaltung neu eingestellten Auszubildenden kamen aus einer Einwandererfamilie. Über 13 Prozent der Neueingestellten der Berliner Landesbetriebe hatten einen Migrationshintergrund. Das zeigt die aktuelle Statistik, die im Rahmen der Kampagne „Berlin braucht dich!“ heute von der Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales Carola Bluhm, dem Personalvorstand der Berliner Wasserbetriebe Norbert Schmidt und dem Berliner Beauftragten für Integration und Migration Günter Piening vorgestellt wurde.

„Bis 2013 sollen 25 Prozent der Auszubildenden in der Verwaltung und bei den landeseigenen Betrieben Land Berlin aus einer Einwanderfamilie stammen - ein Ziel, das wir durchaus erreichen können“, so Senatorin Bluhm anlässlich der Vorstellung der neuen Zahlen.

Ziel der Kampagne „Berlin braucht dich!“ ist es, den Anteil der Auszubildenden mit Migrationshintergrund im Öffentlichen Dienst und in den Berliner Landesunternehmen entsprechend ihrem Anteil an der Bevölkerung zu erhöhen.

Die Landesunternehmen beteiligen sich seit 2009 und haben erstmals 2010 die Daten zum Migrationshintergrund ihrer Auszubildenden ermittelt.

Diese zeigen: Gut 13 Prozent der im Jahr 2010 in den Landesbetrieben neu eingestellten Auszubildenden hatten einen Migrationshintergrund. Allein 53 von ihnen werden in den drei großen Unternehmen, der Berliner Stadtreinigung (BSR), den Berliner Wasserbetrieben (BWB) und Vivantes, ausgebildet. Ihr Anteil an allen Auszubildenden beträgt in diesen Unternehmen zwischen 10 und 20 Prozent (BSR 20 Prozent, BWB 15,3 Prozent und Vivantes 10,4 Prozent). Aber auch viele kleinere Ausbildungsbetriebe haben einen großen Anteil ihrer Lehrstellen an Migrantinnen und Migranten vergeben, unter ihnen die degewo (36,4 Prozent) die Berliner Bäderbetriebe (25 Prozent) und die GESOBAU (25 Prozent).

Nicht nur in den Landesbetrieben, auch im Öffentlichen Dienst erhielten im letzten Jahr viele Jugendliche aus Einwandererfamilien einen Ausbildungsvertrag. Mit gut 19 Prozent der neu eingestellten Auszubildenden konnte ihr Anteil auf hohem Niveau gehalten werden. Seit der ersten Erhebung im Jahr 2006, als nur 8,7 Prozent der Auszubildenden einen Migrationshintergrund aufwiesen, hat sich ihre Quote mehr als verdoppelt. Die gesetzte Zielmarke des Berliner Senats von 25 Prozent erreichten bereits die Berliner Senatsverwaltungen (25 Prozent) sowie die Bezirksämter Friedrichshain-Kreuzberg und Neukölln (beide jeweils 37,5 Prozent). Und auch im Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg kommt jeder fünfte der neuen Auszubildenden aus einer Einwandererfamilie.

In absoluten Zahlen wurden im Jahr 2010 beim Land Berlin 1.785 Auszubildende neu eingestellt, davon 1.094 im Öffentlichen Dienst und 691 bei den Landesbetrieben. Bei der Befragung zum Migrationshintergrund wurden 1.497 erfasst. Davon hatten 228 Auszubildende einen Migrationshintergrund.

An der Kampagne „Berlin braucht dich!“ beteiligen sich 32 Schulen und 46 ausbildende Betriebe. Sie haben sich zu einem Konsortium zusammengeschlossen, um den Übergang von der Schule in die Ausbildung reibungsloser und erfolgreicher zu gestalten.

Anschaulich präsentiert wird die Arbeit von „Berlin braucht dich!“ in der neuen Broschüre „Gemeinsam Zukunft schaffen“. Beschrieben wird die Arbeit der Kampagne am Beispiel zahlreicher Berichte von Ausbildungsleitern, Lehrkräften, Schülerinnen und Schülern, die gemeinsam Praktika entwickelt und an diesen teilgenommen haben.

Weitere Informationen:

Berufliches Qualifizierungsnetzwerk für Migrantinnen und Migranten - BQN Berlin
Telefon 030-275 90 87 11

E-Mail: info@berlin-braucht-dich.de
Internet: <http://www.berlin-braucht-dich.de>

[PM v. 04.04. SenIAS]

Einbürgerungskampagne „PASSt MIR!“ an den Volkshochschulen:

DEUTSCH LERNEN MIT DEM PASS - VON ANFANG AN!

2006 startete die Berliner Einbürgerungskampagne für den Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft. Ihr zentrales Motto lautet: ‚Der deutsche Pass hat viele Gesichter‘.

Im vergangenen Jahr waren die Berliner Volkshochschulen Partner der Kampagne.

Eine Ausstellung in allen Volkshochschulen präsentierte Informationen zur Einbürgerung und persönliche Statements von Eingebürgerten. Darüber hinaus griffen die Volkshochschulen das Thema Staatsbürgerschaft und Werben für Einbürgerung verstärkt in ihrem Programm auf. Vor der Presse zogen jetzt Berlins Integrationsbeauftragter Günter Piening und Vertreter der Berliner Volkshochschulen eine Bilanz.

Die Kooperation mit den Volkshochschulen geht jetzt in eine weitere Runde. Berlins Integrationsbeauftragter Günter Piening begrüßt das Engagement: „Die Volkshochschulen sind wichtige Kooperationspartner: Menschen, die vorhaben, sich einbürgern zu lassen und den deutschen Pass beantragen wollen, können sich in Kursen auf den Einbürgerungstest vorbereiten. Außerdem bieten die Volkshochschulen Integrationskurse an. In ihnen können Themen wie Staatsbürgerschaft und Einbürgerung vertiefend behandelt werden“.

Dafür haben die Volkshochschulen jetzt Unterrichtsmaterialien erarbeitet. Ziel ist es, Fragen rund um Demokratie und Staatsbürgerschaft insbesondere in die Sprachkurse zu integrieren.

„Da alle vorhandenen Materialien zum Thema Einbürgerung“, so die Leiter der Volkshochschulen Mitte und Neukölln, Michael Weiß und Bernd Müller, „sprachlich zu anspruchsvoll für den Unterricht unterhalb der Niveaustufe B1 waren, haben die Volkshochschulen Mitte und Neukölln das vorliegende didaktisierte Material zum Thema Einbürgerung erarbeitet. In dieser Lehrhandreichung wird die Informationsbroschüre des Senats „PASSt MIR!“ zum Ausgangspunkt für eine kleine Unterrichtsreihe genommen, um so den Kursleiterinnen und Kursleitern konkrete Hilfestellungen für den Unterricht an die Hand zu geben. Erste Probeläufe mit diesem neuen Material haben gezeigt, dass das Thema auf sehr großes Interesse in den Kursen stößt.“

„Mit diesen Materialien“, so Piening weiter, „wird Neubürgerinnen und Neubürgern von Anfang an die klare Botschaft vermittelt: In Berlin hat man verstanden, dass bei Integration ein Schwerpunkt auch auf die staatsbürgerschaftliche Gleichstellung gesetzt werden muss. Berlin hält es für selbstverständlich, dass in einer modernen, weltoffenen Stadt die Bürgerinnen und Bürger, egal welche ethnischen, kulturellen, religiösen usw. Hintergründe sie besitzen, die gleichen Rechte haben und mitbestimmen. Davon sind wir allerdings noch weit entfernt. In manchen Stadtbezirken Berlins hat etwa ein Viertel der Bevölkerung nur eingegrenzte Rechte, weil ihm die Staatsbürgerschaft fehlt. Damit können die Menschen sich nicht einmal an Volksentscheiden, geschweige denn Wahlen beteiligen“.

Berlins Integrationsbeauftragter hatte 2006 die Einbürgerungskampagne gestartet. Die zentrale Broschüre zur Kampagne orientiert sich am europäischen Pass und trägt den Titel „PASSt MIR!“. Schwerpunkt darin sind neben Informationen zum Einbürgerungsverfahren Stellungnahmen von Menschen unterschiedlicher Her-

kunft, die erläutern, warum es für sie wichtig war, sich einbürgern zu lassen. Piening: „Ziel der Kampagne ist ein einbürgerungsfreundliche Klima zu schaffen“.

Piening zieht nach fünf Jahren eine gemischte Bilanz: „In Berlin ist Einbürgerung gewollt - diese Botschaft ist durch die Kampagne unterstrichen worden. Die Kooperation mit Schulen und Volkshochschulen hat neue Zielgruppen erreicht. Die Kampagne ist vielfach kopiert worden - auch in Brandenburg, Nordrhein-Westfalen und Hamburg wird inzwischen mit dem Pass geworben. Das zeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Den Berliner Bemühungen um ein einbürgerungsfreundliches Klima weht allerdings ein harter Wind von der Bundesebene ins Gesicht. Durch die Bundesregierung wurden Verschärfungen im Einbürgerungsrecht vorgenommen, die neue Hürden aufgebaut haben und sich auch 2010 deutlich auswirkten. Auch die undifferenzierten Debatten gegen bestimmte Einwandergruppen hat bei vielen die Skepsis gestärkt, ob denn die Bundesrepublik wirklich bereit ist, Einwanderer als gleichberechtigte Bürger anzuerkennen.“

Diese gegenläufigen Trends spiegeln sich auch in Einbürgerungszahlen wider. Die Zahl der Einbürgerungen hat sich bundesweit seit 2000 fast halbiert (2009: 51% des Wertes von 2000). In Berlin ist aufgrund des aktiven Werbens um Einbürgerung diese Entwicklung wesentlich weniger dramatisch verlaufen, aber auch hier sank die Zahl der Einbürgerungen 2010 erneut auf 5537 - das sind 80% des Wertes von 2000.

Diese Zahlen sind für Piening nicht ausschließlich Folge davon, dass das das Einbürgerungspotenzial durch die Regelung des Erwerbs der deutschen Staatsangehörigkeit aufgrund der Geburt im Inland (§ 4 Abs. 3 StAG) verringert wird. Der Integrationsbeauftragte: „Die Berliner Erfahrungen zeigen, dass für eine wirkliche Verbesserung der Situation der gesetzliche Rahmen verbessert werden muss. Berlin setzt sich darum für eine vermehrte Hinnahme von Mehrstaatigkeit ein sowie für die Abschaffung der Optionsregelung, die in den kommenden Jahren Zehntausende hier aufgewachsener junger Menschen zwingen wird, sich zwischen der deutschen und der ausländische Staatsbürgerschaft zu entscheiden.“

Neben den weiteren politischen Initiativen für eine Reform des Einbürgerungsrechts wird Berlin auch die Kampagne fortführen. Als Adressat der Einbürgerungskampagne wird allerdings nicht mehr allein der potenzielle Bewerber um die Staatsbürgerschaft gesehen. Genauso wichtig ist das Signal an die Mehrheitsgesellschaft, betont der Integrationsbeauftragte:

„Derzeit hat ein Viertel der Berliner Bevölkerung einen Migrationshintergrund. In der jungen Generation liegt der Anteil weit höher. Dies ist die Zukunft der Stadt, denn Deutsch-Sein bestimmt sich längst nicht mehr über Herkunft, Hautfarbe oder Religion. Der deutsche Pass hat viele Gesichter. Zu vermitteln, dass dies im Interesse aller liegt, ist auch ein Anliegen der Kampagne. Themen wie Einbürgerung, Staatsbürgerschaft und

Identität gehören deshalb auch in Unterricht und Fortbildung, gerade in einer Stadt wie Berlin mit einer so vielfältigen Bevölkerung.“

Weitere Informationen zur Berliner Einbürgerungskampagne gibt es auf den Internetseiten des Integrationsbeauftragten unter:

<http://www.berlin.de/lb/intmig/einbuengerungskampagne.html>

oder bei den Berliner Volkshochschulen unter:

<http://www.vhs.berlin.de/einbuengerung>

[PM v. 06.04. IntMig]

RESPEKT GEWINNT! – Der Projekt-Wettbewerb für ein weltoffenes Berlin



Der Projektwettbewerb „Respekt gewinnt!“ geht in die zweite Runde. Auch in diesem Jahr schreibt der Berliner Ratschlag für Demokratie wieder Geld- und Sachpreise für Projekte gegen Rechtsextremismus und Rassismus, für Vielfalt, Anerkennung und Demokratie aus.

Ab dem 01. April können alle Berlinerinnen und Berliner Fotos, Videos, Texte und Präsentationen ihrer Projekte und Aktionen für ein weltoffenes Berlin und eine Kultur des Respekts im Alltag auf der Website

<http://www.berlinerratschlag fuerdemokratie.de>

hochladen und der Öffentlichkeit präsentieren. Eine Jury des Berliner Ratschlags für Demokratie wird die interessantesten unter ihnen auswählen und prämiieren. Zu gewinnen gibt es Geldpreise bis zu 5.000 Euro und zusätzliche Sachpreise. Einsendeschluss ist der 31. Oktober 2011.

Weitere Informationen, die aktuellen Beiträge auf der Plattform und Bilder von der Preisverleihung 2010 finden Sie unter:

<http://www.berlinerratschlag fuerdemokratie.de>

Kontakt

Berliner Ratschlag für Demokratie
Geschäftsstelle beim Beauftragten
des Berliner Senats für Integration und Migration

Potsdamer Straße 65
10785 Berlin
Tel.: (030) 90 17 -23 29

Fax: (030) 90 17 -23 20 (Sekretariat)

E-Mail: ratschlag.demokratie@IntMig.berlin.de
Internet: <http://www.berlinerratschlagfuerdemokratie.de>

EUROCITIES-INITIATIVE ZUR EINBEZIEHUNG VON ROMA Integrationsbeauftragter beteiligt sich an einem neuen transnationalen Projekt

Der Integrationsbeauftragte des Senats beteiligt sich an einem neuen transnationalen Projekt von Eurocities zur Roma-Inklusion (Inclusion City Initiative) und bezieht dabei die nichtstaatlichen Organisationen Südost Europa Kultur und Amaro Drom der von ihm beauftragten Anlaufstelle für EU-Wanderarbeiter und Roma mit ein.

Die Eröffnungstagung fand Ende März in Belgien statt. Eurocities hat begonnen, die zuständigen Stellen der Europäischen Kommission mit Städten zu vernetzen, um die Umsetzung der europäischen Roma-Politik auch mit EU-Mitteln (inkl. EFRE und ESF-Xenos) zu ermöglichen.

Die Städtegruppe (mit Budapest, Gent, Grenoble, Lille, München und Stockholm sowie weiteren interessierten Städten) wird zunächst auf Basis einer Problemanalyse zwei Peer Reviews durchführen, den Austausch guter Praxis fördern und politische Positionen entwickeln. Die Initiative wird gefördert durch PROGRESS. Die RAA Berlin

<http://www.raa-berlin.de/RAASeiten/RomaSinti.html>

beabsichtigt in diesem Rahmen, einen Austauschbesuch über Roma-Schulmediatoren 2011 in Berlin durchzuführen.

Darüber hinaus sollen weitere Tagungen zu den Themen Freizügigkeit und Diskriminierung von Roma durchgeführt werden. Diese Initiative arbeitet mit dem European Foundation Centre zusammen, und bündelt damit Ressourcen auch im Bereich politischer Arbeit.

Projektverantwortlicher ist Dirk Gebhardt (Policy Development - Programme Officer - Social Affairs):

E-Mail: dirk.gebhardt@eurocities.eu
Internet: <http://www.eurocities.eu>

Beim Integrationsbeauftragten des Senats Dr. Robin Schneider (SenIntArbSoz IntMig Z):

E-Mail: Robin.Schneider@IntMig.Berlin.de
Internet: <http://www.integrationsbeauftragter.berlin.de>

Informationen über Berlin stehen in der Handreichung Roma und europäische Wanderarbeiterinnen und -arbeiter:

<http://www.berlin.de/lb/intmig/publikationen/recht/index.html>

Weitere Informationen über Aktivitäten und Projekte des Beauftragten des Senats von Berlin für Integration und Migration im Berliner Europabericht 2010/2011 direkt unter :

http://www.berlin.de/imperia/md/content/rbm-skzl/europareferat/europabericht/senias/a_p_intmig_03_2011.pdf

Der Berliner Europabericht:
<http://www.berlin.de/rbmskzl/europa/bericht/>

EU-FONDS-AUSSCHREIBUNGEN 2011 EFF/EIF/ERF

Frist: **06.05.2011**

Ausschreibungen für die Europäischen Flüchtlings- Integrations- und Rückkehrfonds 2011:
http://www.bamf.de/clin_111/DE/Infothek/EU-Fonds/eu-fonds-node.html

Anträge sind bis zum **6.5.2011** zu stellen. Beachten Sie bitte, dass es sich um eine Ausschlussfrist handelt. Bitte senden Sie uns eine Kopie Ihres Antrags (inkl. Arbeits- und Finanzplan) per E-Mail an Frau Tomask, Büro des Berliner Integrationsbeauftragten:

Edith.Tomaske@IntMig.Berlin.de

Sie haben grundsätzlich die Möglichkeit Landesmittel mit diesen Fonds kofinanzieren. Falls Sie Bezirks- oder Landesmittel erhalten, sollten Sie gegebenenfalls für die Kofinanzierungsmittel auf die für Sie Zuständigen zugehen.

Aus dem Landespressedienst

Pressemitteilung vom 06.04.2011, 13:05 Uhr
Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung

ZWEITER BILDUNGSBERICHT FÜR BERLIN UND BRANDENBURG

Staatssekretärin Zinke und
Staatssekretär Jungkamp präsentieren Ergebnis

Berlins Staatssekretärin für Bildung, Claudia Zinke, und Brandenburgs Staatssekretär für Bildung, Burkhard Jungkamp, haben heute in Berlin gemeinsam mit Prof. Dr. Ulrike Rockmann, Präsidentin des Amts für Statistik Berlin-Brandenburg (AfS), und Dr. Wolfgang Wendt, kommissarischer Geschäftsführer des Instituts für Schulqualität Berlin-Brandenburg (ISQ) den zweiten gemeinsamen Bildungsbericht für die Länder Berlin und Brandenburg vorgestellt.

Berlins Staatssekretärin für Bildung, Claudia Zinke: „Der Bildungsbericht zeigt deutlich, dass die sozialen Rahmenbedingungen für die Gestaltung und Umsetzung des Berliner Bildungsauftrages prägend sind. Anhand der fundierten Bestandsaufnahme und den dargelegten Zahlen erhalten wir einen Überblick, durch den wir an den richtigen Stellen handeln können. Der Bericht zeigt auch, welche Erfolge wir beispielsweise bei der flächendeckenden Betreuung im vorschulischen Bereich oder in der gestiegenen Zahl von Studienanfängerinnen und -anängern erzielt haben. Insgesamt erweist sich der zweite Bildungsbericht wie sein Vorgänger als hervorragender Orientierungspunkt, von dem aus wir Herausforderungen und Handlungsbedarf ableiten, aber auch unsere bildungspolitischen Erfolge messen können.“

Der Bericht konstatiert für Berlin den weiterhin hohen Anteil von Jugendlichen ohne Schulabschluss. Andererseits verweist er auf zahlreiche Erfolge: Anstieg der Betreuung im vorschulischen Bereich, stabile Bestehensquoten in den Abschlussklassen des mittleren Schulabschlusses und Abiturs, das hervorragende Ganztagsangebot im Bundesvergleich, die konstante Nachfrage des zweiten Bildungsweges, die Zunahme der Hochschulreife Erwachsener, hohe und stabile Erfolgsquoten in der beruflichen Bildung und die steigende Zahl der Studienanfängerinnen und -anfänger.

Einen besonderen Schwerpunkt des Bildungsberichts bilden Heranwachsende mit Migrationshintergrund. Die Herausforderungen für Berlin werden insbesondere in der Förderung sprachlicher Kompetenzen bei Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund gesehen, um die Leistungsunterschiede zwischen den Schülergruppen mit und ohne Migrationshintergrund zu verringern.

Berlin hat bereits vieles unternommen, um auch die Förderung von Schülerinnen und Schülern mit Migrati-

onshintergrund zu verbessern. Die Schulen verfügen, soweit sie einen Anteil von Schülern mit über 40 % nicht deutscher Herkunftssprache und/oder Lernmittelfreiung haben, über eine gesonderte Ausstattung für Lehrkräfte für Sprachförderung. Die Maßnahmen im Zusammenhang mit der Umsetzung der Schulstrukturreform, insbesondere zur besseren individuellen Förderung, die Verbesserung des Zumessungsfaktors für die Sprachförderung, die Verbesserungen im Rahmen des Ganztags sowie des Dualen Lernens und eine Vielzahl von einzelnen Projekten dienen der Förderung dieser Schülergruppe. 50 % der Schulen verfügen über gesonderte, systematische Sprachförderkonzepte. Im Rahmen des Qualitätspakets ist künftig geplant, dass alle Schulen schuleigene Sprachförderkonzepte mit individuellen Fördermaßnahmen bis zum Schuljahr 2012/13 erarbeiten und verbindlich einführen. Ferner werden Indikatoren für erfolgreiche Sprachförderung und Unterrichtskonzepte in den Jahrgangsstufen 1 bis 10 entwickelt.

Brandenburgs Bildungsstaatssekretär Burkhard Jungkamp würdigt den gemeinsamen Bildungsbericht als weiteren Schritt beim Zusammenwachsen der Bildungsregion Berlin-Brandenburg. „Neben dem gemeinsamen Bildungsserver, länderübergreifenden Instituten und den zentralen Abitur- und 10. Klasse-Prüfungen für die Schülerinnen und Schüler beider Bundesländer arbeiten wir auch bei der Analyse der bildungspolitischen Herausforderungen eng zusammen“, betont Jungkamp. „Der Bericht belegt für Brandenburg, dass wir über ein hervorragendes Betreuungsangebot im Kita-Bereich verfügen, beim Ausbau von Flex- und Ganztagsangeboten deutlich zugelegt haben, stabile Ergebnisse bei den Abschlussprüfungen nach der 10. Klasse und beim Abitur vorweisen können und eine deutlich gestiegene Zahl von Studienanfängerinnen und -anfängern haben“, so Jungkamp. „All diese Entwicklungen sind insbesondere vor dem Hintergrund des steigenden Fachkräftebedarfs in den kommenden Jahren sehr erfreulich.“

„Es gibt aber nach wie vor große Herausforderungen: PISA und der Ländervergleich haben gezeigt, dass wir mehr als bisher darauf achten müssen, Kinder und Jugendliche aus so genannten Risiko-familien ausreichend zu fördern und zu unterstützen.“ Zudem müsse - trotz einer zuletzt positiven Entwicklung - der hohe Anteil der Schülerinnen und Schüler ohne Abschluss weiter gesenkt werden, so Jungkamp. „Wir setzen dafür auf eine verbesserte individuelle Förderung, die bereits im frühkindlichen Bereich beginnt, auf verstärkte Integrationsangebote für Förderschüler sowie auf die Stärkung der Oberschulen. Ein besonderer Schwerpunkt wird hierbei die Entwicklung von inklusiven Schulen werden – hierzu wird es in den kommenden Wochen erste Regionalkonferenzen geben, bei denen wir mit allen an Schule Beteiligten über eine gelingende Inklusion diskutieren.“

Der gemeinsame Bildungsbericht der Länder Berlin und Brandenburg wurde vom Institut für Schulqualität Berlin-Brandenburg und dem Amt für Statistik Berlin-

Brandenburg erarbeitet. Er geht auf Rahmenbedingungen von Bildungsprozessen in den beiden Ländern ein und beschreibt den Entwicklungsverlauf von der Elementarbildung bis zur Weiterbildung. Zielgruppe des 412 Seiten starken Berichts sind die Öffentlichkeit, Entscheidungsträger in Parlamenten, Städten und Kommunen, Schulleitungen, Bildungsverwaltung und alle, die sich für Bildungsprozesse und -ergebnisse interessieren.

Der neue Bildungsbericht schließt an den ersten Bildungsbericht des Jahres 2008 an, wobei neue Datenquellen aufgenommen und die Analysen stärker regionalisiert wurden. Stärker fokussiert wurden die Risikolagen von Familien, die einen Einfluss auf den Erfolg von Kindern und Jugendlichen im Bildungssystem haben könnten. Zudem konnten zum ersten Mal die Leistungsergebnisse aus dem Ländervergleich dargestellt werden.

Weitere Informationen gibt es unter:

<http://www.statistik-berlin-brandenburg.de>

und <http://www.isq-bb.de>

sowie unter

<http://www.bildungsbericht-berlin-brandenburg.de>

Redaktion: Beate Stoffers/Stephan Breiding

Rückfragen: Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung, Telefon:

Pressemitteilung vom 07.04.2011, 11:35 Uhr
Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen

Wolf:

**„ARBEITNEHMERRECHTE
NUR AUF DEM PAPIER NÜTZEN NICHTS!“**

**Senator Wolf bei DGB-Beratungsstelle für
entsandte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer**

Die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen teilt mit:

Harald Wolf, Bürgermeister und Senator für Wirtschaft, Technologie und Frauen, hat sich heute gemeinsam mit Doro Zinke, DGB-Bezirksvorsitzende Berlin-Brandenburg über die Arbeit der DGB-Beratungsstelle für entsandte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer informiert. Seit 2010 unterstützt die Wirtschaftssenatsverwaltung die Beratungsstelle. Im Vorfeld der vollständigen Dienstleistungsfreiheit und der Arbeitnehmerfreizügigkeit wurde klar, dass ein hoher Beratungsbedarf für nach Deutschland, speziell Berlin, entsandte Arbeitnehmer besteht. Seit 1. April wurde deshalb der Kooperationsvertrag zwischen der Senatsverwaltung und dem DGB erweitert, so dass zwei qualifizierte Beraterinnen die Beratung sicherstellen können. Die Beratungsstelle präsentierte heute eine Übersicht über ihre Arbeit und zeigte Fälle auf, in denen Arbeitnehmer um ihren Lohn oder andere Ansprüche (Urlaub u.ä.) betrogen wurden.

Harald Wolf, Bürgermeister und Senator für Wirtschaft, Technologie und Frauen: "Für mich ist klar, dass in Europa nicht nur die Unternehmen gleiche Chancen haben sollen, sondern auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihre Rechte wahrnehmen können müssen. Ansonsten wird die Arbeitnehmerfreizügigkeit, die ja eine positive Entwicklung ist, zu ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen und Lohndumping führen. Das kann nicht die Richtung für ein soziales Europa sein. Die bisherige Arbeit der Beratungsstelle ist beeindruckend. Hier gibt es schnelle, kompetente Hilfe. Aber es ist auch klar: Gerade das grenzüberschreitende Verleihen von Arbeitnehmern wird uns auf die Füße fallen, wenn die Bundesregierung nicht endlich die Leiharbeit so regelt, dass sie zur Abdeckung von Auftragspitzen eingesetzt wird und nicht zur Verdrängung regulärer Beschäftigung."

Doro Zinke, DGB-Bezirksvorsitzende Berlin-Brandenburg: "Ich freue mich, dass diese wichtige Beratungsarbeit von der Senatsverwaltung und von Senator Wolf persönlich so stark unterstützt wird. Gerade die Informationen über Mindestlöhne, auch tarifliche, ist in den Herkunftsländern nicht verbreitet. Die Beratungsstelle hat jetzt schon gezeigt, wie wichtig sie ist, damit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer besonders aus Mittelosteuropa ihre Rechte auch tatsächlich wahrnehmen können. Eigentlich müssten alle Bundesländer solche Angebote wie hier in Berlin garantieren."

Rückfragen: Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen, Telefon:

Pressemitteilung vom 08.04.2011, 08:35 Uhr
Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung

**5. JAHRESTAGUNG
DES CERTILINGUA-NETZWERKS
IN DER ROBERT-JUNGK-OBERSCHULE**

Am 11. und 12. April 2011 ist die Wilmersdorfer Robert-Jungk-Oberschule Gastgeber der 5. Jahrestagung der Partnerländer des CertiLingua-Netzwerks. Dazu werden Bildungsexpertinnen und -experten aus Finnland, Frankreich, Italien, den Niederlanden, Österreich, Belgien, Tschechien sowie aus acht teilnehmenden Bundesländern erwartet, die im Rahmen der zweitägigen Tagung Fragen der Evaluierung, Entwicklung und Verfahrensabstimmungen mit dem Ziel der Qualitätssicherung des internationalen Exzellenzlabels CertiLingua diskutieren.

Das CertiLingua Exzellenzlabel zertifiziert als Additum zum nationalen Abiturzeugnis, dass die Absolventen besondere Kompetenzen für eine Fortsetzung ihres Bildungsweges im internationalen Kontext erworben haben.

Mit dem CertiLingua Exzellenzlabel für mehrsprachige, europäische und internationale Kompetenzen werden

Schülerinnen und Schüler ausgezeichnet, die neben und mit dem Abitur besondere Qualifikationen in europäischer und internationaler Dimension nachgewiesen haben. Dazu gehören neben hoher Kompetenz in zwei Fremdsprachen auf dem Niveau B2 des Gemeinsamen europäischen Referenzrahmens (GeR), bilinguale Kompetenzen und der Nachweis europäischer und internationaler Handlungsfähigkeit.

CertiLingua ist ein gemeinsames Programm der Bildungsministerien von acht Bundesländern und sieben europäischen Partnerländern. Es wurde im Jahr 2007 vom Land Nordrhein-Westfalen und den Niederlanden initiiert. Berlins Bildungssenator Prof. Dr. E. Jürgen Zöllner unterzeichnete das Memorandum zur Einführung eines Zertifikats für exzellente mehrsprachige, europäische und internationale Kompetenzen am 13. August 2007 und eröffnete damit Berliner Schulen die Möglichkeit, über eine offizielle Anerkennung ein entsprechendes Qualitätszertifikat mit dem Abiturzeugnis auszustellen.

Die enge Zusammenarbeit aller beteiligten Partner und der intensive Austausch der europäischen Pilotschulen sorgt für einen gleichbleibend hohen Standard in allen Partnerländern und gewährleistet die besondere Qualität des CertiLingua Exzellenzlabels.

Folgende Berliner Schulen sind für das Programm akkreditiert:

- Romain-Rolland-Gymnasium, Reinickendorf
- Johann-Gottfried-Herder-Gymnasium, Lichtenberg
- Sophie-Charlotte-Gymnasium, Charlottenburg-Wilmersdorf
- Dreilinden-Gymnasium, Steglitz-Zehlendorf
- Wilma-Rudolph-Sekundarschule, Steglitz-Zehlendorf
- Bertha-von-Suttner-Gymnasium, Reinickendorf

Redaktion: Beate Stoffers

Rückfragen: Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung

Pressemitteilung vom 07.04.2011, 14:55 Uhr
Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung

KREUZBERGER GRUNDSCHULE FÜR EUROPAPROJEKT GEEHRT

Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte der Hunsrück-Grundschule in Berlin-Kreuzberg können sich über eine besondere Anerkennung freuen: Am 11. April 2011 zeichnet der Pädagogische Austauschdienst (PAD) der Kultusministerkonferenz ihre COMENIUS-Schulpartnerschaft als »Projekt des Monats« aus. Unter dem Motto „European Classroom“ arbeitet die Schule mit Partnern aus fünf europäischen Staaten zusam-

men. Ziel ist es, den Schülerinnen und Schülern Chancen für das Sprachenlernen zu eröffnen und Europa erfahrbar zu machen. COMENIUS ist der schulbezogene Teil des EU-Programms für lebenslanges Lernen. Der PAD setzt das Programm als Nationale Agentur in Deutschland im Auftrag der Länder um. In diesem Schuljahr werden in Deutschland 1.116 COMENIUS-Schulpartnerschaften gefördert.

„Ich gratuliere der Hunsrück-Grundschule herzlich für die Auszeichnung als COMENIUS-Projekt des Monats April. In diesem Projekt tauschen sich Lehrerinnen und Lehrer über die besten Methoden im Unterricht aus, ihre Schülerinnen und Schüler individuell zu fördern. Die Schulklassen wiederum schicken ihre Schulmascottchen in einem Paket mit selbst geschriebenen Geschichten, Gedichten und Liedern den Klassen aus den europäischen Partnerschulen zu. So lernen alle voneinander und der europäische Gedanke wird erlebbarer“, so Bildungssenator Prof. Dr. Jürgen Zöllner.

„So vieles ist ähnlich und anderes ist überraschend anders“, fasst die Lehrerin Friederike Terhechte-Mermeroglu ihre Erfahrungen mit der ersten internationalen Partnerschaft der Schule zusammen. Mit den Lehrkräften aus Partnerschulen in Frankreich, Norwegen, Zypern und der Tschechischen Republik und einem finnischen Kindergarten trifft sie sich seit 2009, um die Schulentwicklung durch europäische Zusammenarbeit voranzubringen. Die Partner beschäftigt vor allem, wie das Prinzip der Inklusion in ihrem Schulalltag verwirklicht werden kann.

In der Hunsrück-Grundschule ist das COMENIUS-Projekt fest in den regulären Unterricht eingebunden. Die Pakete aus den Partnerschulen schaffen immer wieder neue Anlässe für fächerübergreifendes Lernen.

Weitere Informationen zum Projekt des Monats:
Pädagogischer Austauschdienst
Frau Lummert
Tel.: (0228) 501-380
E-Mail: andrea.lummert@kmk.org

Redaktion: Beate Stoffers
Rückfragen: Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung

Pressemitteilung vom 11.04.2011, 11:50 Uhr
Senatsverwaltung für Inneres und Sport
**INNENSENATOR DR. EHRHART KÖRTING
LEGT BERICHT ZUR KRIMINALITÄT
IN BERLIN 2010 VOR**

Die Zahl der Straftaten in Berlin war 2010 erneut rückläufig und erreicht damit den niedrigsten Stand seit der Wende. Insgesamt wurden 475.021 Fälle registriert. Das sind rund 21.447 (-4,3 %) weniger als 2009 (496.468) und rund 100.000 Fälle weniger als noch vor zehn Jahren. Gleichzeitig hat sich die Aufklärungsquote leicht verringert, von 49,4% (2009) auf 48,4%. Diese Veränderung ist jedoch kein Hinweis auf zurück gegangene Ermittlungsanstrengungen, sondern rechnerische Folge des starken Rückgangs der festgestellten Fälle von Beförderungserschleichung.

Ein Rückgang der Fallzahlen ist unter anderem in folgenden Bereichen zu verzeichnen:

- Tötungsdelikte - 27,6 % auf 189 Fälle
- Sexualdelikte - 14,2 % auf 2.777 Fälle
- Rohheitsdelikte - 3,8 % auf 64.760 Fälle
- Raub - 4,8 % auf 5.997 Fälle
- Fahrraddiebstähle - 8,1 % auf 19.942 Fälle
- Wohnungseinbrüche - 3,5 % auf 8.713 Fälle

Mit insgesamt 190.437 Fällen (+ 3,0%) bilden die unterschiedlichen Formen des Diebstahls auch 2010 wieder deutlich mehr als ein Drittel der gesamten erfassten Kriminalität. Auch die Vermögens- und Fälschungsdelikte, darunter der Betrug, bilden mit rund einem Fünftel des Gesamtaufkommens einen erheblichen Teil am Straftatenaufkommen. Hier ist für 2010 ein Rückgang um 13,7 % zu erkennen. Dazu trägt vor allem der starke Rückgang des Kontrolldelikts Beförderungserschleichung (Schwarzfahren) um 34,7% und der Rückgang des Waren- und Kreditbetrugs um 8% bei.

Der festgestellte Gesamtschaden durch Straftaten sank 2010 um 20,2% auf jetzt 602.319.014 €. Es sank sowohl der durchschnittliche Schaden je Fall (auf 2350€ in 2010) als auch der Schaden in den wesentlichen Bereichen der Wirtschaftskriminalität und bei den Vermögens- und Fälschungsdelikten.

Senator Dr. Ehrhart Körting: „Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Berliner Polizei danke ich für ihre hervorragende Arbeit. Sie haben die hohen Anforderungen und vielschichtigen Aufgaben in der Metropole Berlin sehr gut gemeistert.“

Die Polizeiliche Kriminalstatistik Berlin 2010 ist unter <http://www.berlin.de/sen/inneres/sicherheit/statistiken/index.html>

auf der Internetseite der Senatsverwaltung für Inneres und Sport abrufbar.

Pressemitteilung vom 11.04.2011, 14:30 Uhr
Senatsverwaltung für Inneres und Sport
**"WELCHE FARBE HAT DEINE TOLERANZ?"
Preisverleihung zum Kunstwettbewerb für Kinder
und Jugendliche**

Die Landeskommission Berlin gegen Gewalt hatte Berliner Kinder und Jugendliche zu einem Kunstwettbewerb mit dem Titel „Welche Farbe hat deine Toleranz?“ eingeladen. Es sollten Werke eingereicht werden, bei denen die Visualisierung zum Thema „Toleranz“ im Vordergrund steht, seien es Zeichnungen, Bilder, Bildgeschichten, Fotografien, Collagen oder z.B. Plakate.

Die Preisverleihung nimmt der Vorsitzende der Landeskommission Berlin gegen Gewalt und Staatssekretär für Sport, Thomas Härtel, vor.

Wann: 12. April 2010 von 10:00 bis 12:15 Uhr
Wo: Theater „Die weiße Rose,
Martin - Lutherstr. 77, 10825 Berlin

Eingereicht wurden 85 Werke aus 14 Schulen und einer Kita. 170 Kinder, 9 Kinder aus der Kita, 87 Schüler/innen aus Grundschulen, 48 Schüler/innen aus der Sekundarstufe I und 26 Schüler/innen aus der Sekundarstufe II haben an dem Wettbewerb teilgenommen. Eine ehrenamtliche Jury hat 8 Hauptpreise, einen Anerkennungspreis und einen Sonderpreis vergeben.

- Die Kinder der Kita Ruthstraße erhalten einen Anerkennungspreis.
- Der Sonderpreis der Jury geht an die Gemeinschaftsarbeit des Wahlpflichtkurses 9 der Kurt-Schwitters-Oberschule.
- Der 1. Preis für die Grundschulen wurde an die Klasse 5b der Zinnowwald-Grundschule vergeben.
- Der 1. Preis für die Sekundarstufe I wurde an die Toleranzgruppe der Klasse 10 b der John-F.-Kennedy-Schule verliehen.
- Der 1. Preis für die Sekundarstufe II geht an Maria Wohland und Jennifer Sengpiel aus der 13. Klasse des Oberstufenzentrums Handel für ihr Bild „Toleranz ist wie eine Superkraft“.

Hierzu erklärt Staatssekretär Thomas Härtel:

„Wir wollten mit diesem Wettbewerb junge Menschen dazu anregen, sich mit ihrem Verständnis von Toleranz auseinanderzusetzen und dieses in einem kreativen Prozess zu bearbeiten und weiterzuentwickeln. Der Kunstwettbewerb dient der Förderung der Akzeptanz von Menschen verschiedener ethnischer oder kultureller Herkunft, Religion, politischer Einstellung, sozialer Lage und sexueller Orientierung. Er bietet die Chance, sich mit der Vielfalt der eigenen Lebenswelt aber auch mit der Vielfalt unserer Stadt zu beschäftigen. In diesem Sinne steht er für ein klares Bekenntnis zu der multikulturellen und weltoffenen Stadt Berlin.“

Geschäftsstelle der Landeskommision Berlin gegen Gewalt

Tel.: 030 90223 2913

Fax: 030 90223 2921

Rückfragen: Senatsverwaltung für Inneres und Sport

Pressemitteilung vom 13.04.2011, 14:25 Uhr
Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung

**NEUE SEITE „NACH DER SCHULE“ ONLINE
Senatsverwaltung bündelt Informationsangebote zu
Berufsausbildung, Studium, Freiwilligendiensten
und Auslandsaufenthalten**

2011 und 2012 gibt es wegen der sogenannten Doppeljahrgänge, die dann gleichzeitig Abitur machen, mehr Andrang an den Hochschulen. Auch wegen der Aussetzung der Wehrpflicht ist mit zusätzlicher Nachfrage nach Ausbildungs- und Studienplätzen zu rechnen. Viele Jugendliche fragen sich aber ohnehin, ob sie nach dem Abitur gleich an die Uni oder in den Beruf streben sollten oder nicht lieber noch einen Auslandsaufenthalt einschieben sollten oder vielleicht eine Zeit des freiwilligen Engagements. Die Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung hat deshalb auf ihrer Homepage eine Seite „Nach der Schule“ eingerichtet, die zahlreiche Informationsangebote bündelt: Von der Agentur für Arbeit bis zum Bundesamt für den Zivildienst, das nun für den Bundesfreiwilligendienst zuständig ist.

Die Seite ist unter
<http://www.berlin.de/sen/bildung/bildungswege/nach-der-schule/>
zu erreichen.

Redaktion: Christian Walther
Rückfragen: Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung, Telefon:

Pressemitteilung vom 15.04.2011, 12:55 Uhr
Senatsverwaltung für Inneres und Sport

**LANDESKOMMISSION
BERLIN GEGEN GEWALT LOBT DEN
BERLINER PRÄVENTIONSPREIS 2011 AUS**

Frist: **24. Juni 2011**

Die Landeskommision Berlin gegen Gewalt lobt zum 12. Mal den Berliner Präventionspreis aus. Die diesjährige Ausschreibung ist dem Thema „Brücken bauen – Respekt fördern – Vielfalt gestalten“ gewidmet.

Staatssekretär Thomas Härtel, Vorsitzender der Landeskommision Berlin gegen Gewalt:

„Als Metropole ist Berlin in besonderem Maße auf das Engagement all derer angewiesen, die Brücken bauen, die sich für einen respektvollen Umgang untereinander einsetzen und die einen Beitrag zum Erhalt und zum Ausbau der Vielfalt in unserer Stadt leisten. Sie stärken auf diese Weise auch unser demokratisches Gemeinwesen. Mit dem Berliner Präventionspreis 2011 wollen wir dies Engagement würdigen und anerkennen. Zugleich erhoffen wir uns von den auszuzeichnenden Projekten, Maßnahmen und Aktivitäten wichtige Impulse für die Weiterentwicklung der Präventionsarbeit in Berlin, die letztlich allen Bürgerinnen und Bürgern zu Gute kommt.“

Der Berliner Präventionspreis ist mit 12.500 Euro dotiert und wird im Rahmen des 11. Berliner Präventionstages am 03. November 2011 verliehen. Darüber hinaus werden drei Sonderpreise in Höhe von jeweils 1.000 Euro von der Unfallkasse Berlin, der SECURITAS Sicherheitsdienste GmbH & Co. KG sowie der Initiative Schutz vor Kriminalität e.V. gestiftet.

An der Ausschreibung des Berliner Präventionspreises können sich Vereine, Verbände, Organisationen, Schulen, Institutionen, Behörden, Initiativen sowie Bürgerinnen und Bürger beteiligen.

Die Bewerbungsfrist endet am 24. Juni 2011 (Datum des Poststempels).

Die Ausschreibungsunterlagen für den Berliner Präventionspreis 2011 können in der Geschäftsstelle der Landeskommision Berlin gegen Gewalt angefordert oder im Internet unter

<http://www.berlin-gegen-gewalt.de>
herunter geladen werden.

Geschäftsstelle der Landeskommision
Berlin gegen Gewalt
Klosterstraße 47
10179 Berlin

Tel.: 90223 2913, 90223 2918, 90223 2922

Fax: 90223 2921

E-Mail: berlin-gegen-gewalt@seninnsport.berlin.de

Rückfragen: Senatsverwaltung für Inneres und Sport

Pressemitteilung vom 18.04.2011, 10:30 Uhr
Senatskanzlei - Kulturelle Angelegenheiten

**ARBEITSSTIPENDIEN
FÜR SCHRIFTSTELLERINNEN UND
SCHRIFTSTELLER 2011 VERGEBEN**

Auch in diesem Jahr hat die Kulturverwaltung des Berliner Senats an 13 in Berlin lebende Autorinnen und Autoren Arbeitsstipendien in Höhe von insgesamt 156.000 € vergeben. Die Stipendiaten erhalten ein

sechsmonatiges Stipendium in Höhe von 12.000 € (Monatssatz 2.000 €).

Die diesjährigen Stipendiatinnen und Stipendiaten sind: Bernd Cailloux, Petrus Hendricus Ensie, Lucy Fricke, Hendrik Jackson, Michael Kleeberg, Dagmara Kraus, Rainer Merkel, Thomas Pletzinger, Steffen Popp, Marion Poschmann, Annika Scheffel, Ulrich Schlotmann und Deniz Utlü.

Der Jury zur Vergabe der Arbeitsstipendien gehörten dieses Jahr an: Katharina Deloglu, Dr. Ulrich Janetzki, Richard Kämmerlings, Dirk Knippahls, Damiela Seel und Dorothea von Törne.

Die Jury hatte über 318 Bewerbungen zu entscheiden.

Die Stipendiatinnen und Stipendiaten werden sich und ihre Arbeiten im Rahmen einer vom Literaturforum im Brecht-Haus organisierten Veranstaltung Ende Oktober oder Anfang November 2010 im Berliner Ensemble präsentieren. Der Termin wird der Öffentlichkeit vorher bekannt gegeben.

Rückfragen: Dr. Torsten Wöhlert, Telefon: 90 228 203

Pressemitteilung vom 19.04.2011, 14:15 Uhr

Senatsverwaltung für Inneres und Sport
**SENATOR EHRHART KÖRTING LEGT
 VERFASSUNGSSCHUTZBERICHT 2010 VOR:
 Islamistischer Terrorismus noch immer größte
 Gefahr**

Islamistischer Terrorismus

- Deutschland ist weiterhin Teil eines weltweiten Gefahrenraumes und liegt im unmittelbaren Zielspektrum terroristischer Gruppierungen
- Deutlicher Anstieg von Ausreisen so genannter „home-grown“-Terroristen
- Jihadistische Strukturen auch in Berlin

Die Aktivitäten im Spektrum des transnationalen islamistischen Terrorismus zeigen, dass Deutschland weiterhin Teil eines weltweiten Gefahrenraumes ist und im unmittelbaren Zielspektrum terroristischer Gruppierungen liegt. Die Sicherheitslage wurde 2010 beeinflusst durch einschlägige Drohungen des Netzwerks „al-Qaida“ und hiermit verbündeter Organisationen. Außerdem stellten die Sicherheitsbehörden eine deutliche Zunahme von – in Deutschland aufgewachsenen – Personen fest, die jihadistische Radikalisierungsprozesse durchlaufen haben, in terroristische Ausbildungslager im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet reisen und von dort aus einschlägige Drohungen sowie terroristische Aktivitäten gegen Deutschland oder deutsche Interessen im Ausland richten. Parallel zum deutlichen Anstieg von Ausreisen dieser so genannten „home-

grown“-Terroristen waren die Drohbotschaften der „Deutschen Taliban Mujahidin“ (DTM) von besonderer Bedeutung. Zudem gab es seit August vermehrt Informationen über Anschlagplanungen gegen einige europäische Staaten, darunter auch Deutschland.

Inzwischen sind ca. 255 Personen mit Bezügen nach Deutschland bekannt, die seit Beginn der 1990er Jahre eine militärische Ausbildung in Terrorcamps absolviert haben oder anstrebten. Sorge bereitet, dass die Reisebewegungen von Islamisten aus Deutschland nach Afghanistan und Pakistan im vergangenen Jahr deutlich angestiegen ist. Ihr Ziel ist es, sich dort ausbilden zu lassen und sich am Jihad zu beteiligen. Es besteht die Gefahr, dass Einzelne den gewalttätigen Jihad auch in Deutschland austragen wollen. Seit Anfang 2009 konnten die Sicherheitsbehörden 26 Ausreiseversuche militanter Jihadisten rechtzeitig erkennen und verhindern.

Auch aus Berlin reisten junge Erwachsene im Alter von 18-25 Jahren, darunter gebürtige Muslime und Konvertiten, teilweise in Begleitung ihrer Ehefrauen aus, um sich am Jihad zu beteiligen. Mindestens ein Berliner Jihadist wurde 2010 bei Kampfhandlungen getötet, andere wurden auf ihrer Reise festgenommen und befinden sich wieder in Deutschland. 2010 sind vermutlich mindestens sechs Jihadisten mit Deutschland-Bezügen umgekommen. Gegen mehrere Personen bestehen Ausreiseuntersagungen; ein Berliner Jihadist wird mit internationalem Haftbefehl gesucht. Die Verfolgung jihadistischer Strukturen in Berlin führten zu mehreren Prozessen. Bedeutsam war insbesondere ein Verfahren vor dem Kammergericht Berlin wegen Unterstützung der DTM und der IJU.

Ein Beispiel für jihadistische Propaganda und ein wichtiges Medium für die Selbstradikalisierung ist das Hochglanzmagazin „Inspire“. Es erscheint auf Englisch im Internet und wendet sich gezielt an radikalisierte Muslime der westlichen Welt. Sie werden aufgefordert, Anschläge zu begehen. Verantwortlich ist die Medienabteilung von „al-Qaida auf der arabischen Halbinsel“ (AQAH). Derartige Schriften können wegen ihres ideologisch appellierenden Charakters eine Radikalisierung sowie die Bereitschaft zur Gewaltausübung fördern.

Salafismus

- Missionierungsaktivitäten nehmen zu
- Mindestens drei Islamseminare – Anreisen aus ganz Deutschland

In Berlin haben im Berichtsjahr so genannte salafistische „Da'wa-Aktivitäten“, also Missionierungsaktivitäten, deutlich zugenommen. Diese reichen von umfangreichen Publikationen eines Online-Verlags, mehrtägigen so genannten „Islam-Seminaren“, der Verherrlichung des militanten Jihad durch den ehemaligen Rapper Deso Dagg, über einschlägige Aktivitäten zweier salafistischer Prediger, Infostände in der Innenstadt bis hin zur Gründung einer salafistisch ausgerichteten Moschee. Nach Darstellung von Salafisten geht es bei den

Islamseminaren und den Publikationen um die Vermittlung von Grundkenntnissen über den Islam. Tatsächlich geht es hierbei jedoch vor allem darum, Grundzüge der Ideologie des politischen Salafismus zu vermitteln. Die Indoktrination mit salafistischem Gedankengut bewirkt in vielen Fällen eine Radikalisierung der Adressaten.

2010 wurden in Berlin mindestens drei mehrtägige „Islam-Seminare“ veranstaltet. Zwei Seminare fanden im Februar und Mai in der Neuköllner Al-Nur-Moschee statt, eines wurde im November in der neuen Gebetsstätte „As-Sahaba/Die Gefährten e.V.“ im Wedding durchgeführt. Das überwiegend junge Publikum reiste aus dem gesamten Bundesgebiet an. „Attraktion“ der Veranstaltungen waren die Vorträge von vor Ort aktiven Predigern sowie von Gastrednern. Mit ihren Namen wurde für die „Islam-Seminare“ auf einschlägigen Seiten im Internet oder auf Youtube geworben.

In der Regel achten die Prediger in ihren Vorträgen darauf, dass ihre Äußerungen keinen Anlass für staatliche Sanktionen bieten. Problematisch sind diese Seminare dennoch, weil sie einen geeigneten Rahmen für Gruppenbildung und die Beeinflussung mit extremistischem Gedankengut durch die oft charismatischen Vortragenden bieten.

Regional gewaltausübende Islamisten – HAMAS

- Jahreskonferenz der Palästinenser in Europa am 8. Mai
- Politische Lobbyarbeit

Die wichtigste Aktivität von HAMAS-Anhängern in Berlin 2010 war die Durchführung der „8. Jahreskonferenz der Palästinenser in Europa“ am 8. Mai. Diese Konferenz findet seit 2002 jährlich in verschiedenen europäischen Großstädten statt. Organisiert wird sie durch das „Palestinian Return Center“ (PRC) sowie durch das sogenannte „Generalsekretariat der Konferenz der Palästinenser“ mit Sitz in Wien.

Bei dem PRC handelt es sich um eine in London ansässige Organisation, die Verbindungen zur islamistischen HAMAS unterhält. Das PRC setzt sich seit Jahren hauptsächlich für das uneingeschränkte Rückkehrrecht aller Palästinenser nach „Palästina“ ein, worunter die Organisation das historische Palästina einschließlich des israelischen Staatsgebietes versteht. Die Konferenz verdeutlicht die Vorgehensweise von HAMAS-Aktivisten in Europa. Diese halten sich mit martialischen Aussagen weitestgehend zurück, rufen nicht zur Gewalt oder zum bewaffneten Kampf auf und betonen stattdessen die Rechte der Palästinenser auf Selbstbestimmung sowie auf Rückkehr und betreiben vor allem politische Lobbyarbeit.

Legalistischer Islamismus

- „Millî Görüş“-Anführer Necmettin Erbakan gestorben
- Keine Abkehr von seiner Ideologie

Am 27. Februar 2011 starb „Millî Görüş“-Anführer Necmettin Erbakan. Welche Auswirkungen sein Tod auf die „Islamische Gemeinschaft Millî Görüş e.V.“ (IGMG) in Deutschland haben wird, ist unklar. Dennoch besteht die sehr enge Bindung zwischen der IGMG und der „Millî Görüş“-Bewegung in der Türkei sowie Erbakan fort. Die enge Bindung wurde vor allem während des Besuchs Erbakans in Berlin im April deutlich. Eine Distanzierung von Erbakan und seiner Ideologie ist nach wie vor nicht erkennbar. Auch die aktuelle Entwicklung in der „Millî Görüş“-Bewegung in der Türkei, die Abspaltung der „Halkın Sesi“ („Die Stimme des Volkes“) von der „Saadet Partisi“ hatte bislang keine erkennbaren Auswirkungen auf die IGMG.

Erbakan verrichtete während seines Besuchs in Berlin in der „Mevlana Moschee e. V.“ das Freitagsgebet. Dies unterstreicht die besondere Bedeutung dieser Moschee innerhalb der „Millî Görüş“-Bewegung, die im Dachverband „Islamische Föderation in Berlin e. V.“ neben anderen Vereinen organisiert ist. Nach wie vor besteht eine Diskrepanz zwischen der nach außen propagierten Abkehr der IGMG von der Ideologie Erbakans und ihrem Verhalten während seines Deutschlandaufenthalts. Gleiches gilt für die Behauptung einiger Vereine, dass sie nicht zur IGMG gehören würden.

Rechtsextremismus

- Rückgang des Personenpotenzials
- Geplante Parteienfusion von NPD und DVU vorerst gestoppt – kein Aufbruchsignal
- Größte Dynamik geht vom Netzwerk „Freie Kräfte“ aus

Insgesamt waren 2010 ca. 1 510 Personen rechtsextremistischen Personen-zusammenschlüssen zuzurechnen und damit ca. 160 Personen weniger als im Jahr zuvor, was vor allem auf den Mitgliederschwind der rechtsextremistischen Parteien zurückzuführen ist (NPD: von 300 auf 250). Dies geht einher mit einer Festigung des Aktivistestamms der Autonomen Nationalisten und ihrem wachsenden Einfluss auf die NPD, der zu einer fortschreitenden Radikalisierung der Partei führt.

2010 sollte für die rechtsextremistische Parteienlandschaft im Zeichen der Erneuerung stehen. Im Zentrum dieser Bemühungen stand der Versuch, dem parlamentsorientierten Rechtsextremismus mit einer Verschmelzung von NPD und DVU neuen Schub zu verleihen. Trotz der – bei allerdings geringer Beteiligung – hohen Zustimmungsrates der Parteimitglieder ging von dieser Ankündigung und der damit verbundenen Aussicht auf eine Einigung des rechtsextremistischen Parteienlagers nicht das erhoffte Aufbruchsignal aus. Zu weit fortgeschritten war bereits der Niedergang einer DVU, in der die Verschmelzung mit der NPD zudem nicht auf ungeteilte Zustimmung stieß. Dieser DVU-interne Widerstand gipfelte darin, dass vier Landesver-

bände der Partei eine gerichtliche Entscheidung erzwangen, mit der die Verschmelzung beider Parteien vorläufig gestoppt wurde.

Die Folgen einer möglichen Parteienfusion dürften unabhängig vom Ausgang des Gerichtsverfahrens gering und von symbolischer Bedeutung sein. Die konturlose DVU verfügte bereits seit langem weder über Personal noch über Strukturen oder Finanzen, die geeignet gewesen wären, einer stagnierenden NPD neuen Schwung zu verleihen. Die positiven Effekte der Vereinigung beschränken sich für die NPD auf den Wegfall eines Konkurrenten und das Entstehen einer rechtsextremistischen Partei mit einer - auf dem Papier - knapp fünfstelligen Mitgliederzahl, sofern alle Mitglieder in die künftige Partei eintreten, was nicht zu erwarten ist.

Auf die Berliner NPD würde die Fusion beider Parteien noch weniger Auswirkungen haben. Dies nicht nur wegen des tiefen Zerwürfnisses beider Landesverbände, sondern auch weil die Berliner DVU bereits seit Jahren nicht mehr öffentlich wahrnehmbar war. Der Widerstand der verbliebenen DVU-Aktivisten gegen eine Fusion lässt beträchtliche Zweifel daran aufkommen, ob diese überhaupt Mitglieder in der vereinigten rechtsextremistischen Partei werden. Mit dem Auftauchen neuer Konkurrenten mit explizit muslimfeindlicher Ausrichtung wurden den örtlichen DVU-Mitgliedern Alternativen für ihre weitere politische Betätigung eröffnet, die außerhalb des für sie wenig attraktiven Landesverbandes der NPD liegen.

Die größte Dynamik innerhalb der rechtsextremistischen Szene Berlins entfaltete das Netzwerk „Freie Kräfte“. Es setzt sich im Wesentlichen aus den „Autonomen Nationalisten“, einem Teil des Personenkreises, der bis zum Verbot die Kameradschaft „Frontbann 24“ bildete und den 2010 erstmals in Erscheinung getretenen „Freien Nationalisten Berlin Mitte“ (FNBM) zusammen. Das Personenpotential des Netzwerkes „Freie Kräfte“ ist trotz hoher Fluktuation seit Jahren konstant und beläuft sich auf ca. 200 überwiegend männliche Anhänger. Regionale Agitations- und Aktionsschwerpunkte des Netzwerkes waren 2010 neben Pankow und Treptow-Köpenick vor allem der Norden Neuköllns sowie sporadisch auch die Bezirke Mitte und Friedrichshain-Kreuzberg.

Während das Netzwerk „Freie Kräfte“ nach wie vor eine niedrighschwellige Einstiegsmöglichkeit in die Szene bietet, trifft dies auf die größte Gruppierung innerhalb des Netzwerkes nicht mehr in gleichem Maß zu. Vielmehr zeigen sich Ansätze, dass sich die „Autonomen Nationalisten“ mehr und mehr gegen Neueinsteiger abschotten. Dies ist mit der ideologischen und organisatorischen Festigung des Kerns der Gruppierung und einem noch konspirativeren Verhalten verbunden. Das Prinzip der „Mitgliedschaft durch Mitmachen“ gilt insofern uneingeschränkt nur noch für den Einstieg in das offene Netzwerk „Freie Kräfte“.

Den aus den Abschottungstendenzen der „Autonomen Nationalisten“ resultierenden Raum innerhalb des Netzwerkes „Freie Kräfte“ versuchten andere Gruppen mit Strukturen zu besetzen. Hohe Fluktuation, fehlende Führungspersönlichkeiten und die abschreckende Wirkung früherer Vereinsverbote verhinderten jedoch, dass sich eine Gruppierung dauerhaft etablieren konnte. Versuche, Teile des Netzwerkes „Freie Kräfte“ in festere Strukturen einzubinden, sind auch in Zukunft zu erwarten. Die Neugründung einer Gruppierung wie die FNBM ist hierfür ein Indiz.

Linksextremismus

- Linksextremisten setzen auf politische und organisatorische Strukturen
- Linksextreme Gewalt geht insgesamt zurück
- Dennoch schwere Gewalttaten – beispielsweise mittels Gaskartuschen
- Diskussion über Einsatz von Gewalt fortgesetzt

Nachdem das Jahr 2009 durch einen deutlichen Anstieg an politisch links motivierten Gewalttaten geprägt war, setzten aktionsorientierte Linksextremisten 2010 stärker auf politische und organisatorische Strukturen. Parallel zu der internen Debatte um Sinn und Grenzen von Gewalt richtete die Szene ihre Aktivitäten – zum Teil – wieder stärker an weniger gewalttätigen oder zielgerichteteren militanten Aktionsformen aus. So wurden auch 2010 einige, zum Teil schwere Gewalttaten wie zum Beispiel mittels Gaskartuschen begangen.

Insbesondere bei größeren Demonstrationen gingen aktionsorientierte linksextremistische Gruppierungen wie die „Antifaschistische Linke Berlin“ (ALB) Bündnisse mit nicht-extremistischen Akteuren ein. Daneben bemühte sich die aktionsorientierte Szene, die von den Autonomen dominiert ist, um überregionale und regionale Vernetzung. Hier spielten in Berlin die vor einigen Jahren eingerichteten, 2010 professionalisierten „Autonomen Vollversammlungen“ (AVV) eine wichtige Rolle. Es entspricht nicht dem Selbstverständnis der grundsätzlich organisationskritischen Autonomen, Strukturen, feste Funktionen und Abläufe zu installieren. Frühere Ansätze sich zu organisieren, scheiterten meist oder führten zu szeneeinternen Spaltungen.

Durch dieses Umdenken versuchte die linksextremistische Szene, ihre personelle, thematische und strategische Zersplitterung zu überwinden und eine langfristige Handlungsfähigkeit zu erreichen. Aktionsorientierte Gruppierungen nutzten die ausgebauten Organisationsformen auch zur Rekrutierung neuer Mitglieder.

Die auffälligste Entwicklung war der deutliche Rückgang der politisch motivierten Gewalt von 471 (2009) auf 208 (2010) Delikte. Dies zeigt sich insbesondere an den politisch motivierten Brandstiftungen an PKW, einer seit Jahren in der linksextremistischen Szene vorherrschenden „Aktionsform“. (2009: 145 Brandstiftungen an Fahrzeugen, 2010: 44). Die 2009 für Anschläge verwendeten Gaskartuschen (Szenejargon „Gasakis“)

wurden auch Anfang 2010 eingesetzt. Insgesamt wurden sieben Anschläge mit „Gasakis“ verübt. Genauso plötzlich wie diese Anschlagform aufkam, hörte sie ab Februar auf.

Für den Rückgang der Brandstiftungen existieren unterschiedliche Erklärungsansätze. Neben dem starken Repressions- und Präventionsdruck der Berliner Polizei hat zum einen die politische und gesellschaftliche Debatte der vergangenen Monate möglichen Tätern verdeutlicht, dass sie sich nicht auf Unterstützung oder breite Zustimmung berufen können. Zum anderen findet in der linksextremistischen Szene eine verstärkte Reflexion der Gewalt statt, die auch die Frage stellt, inwieweit Brandstiftungen ohne thematischen Bezug Sinn machen. Schließlich sorgten der lange, kalte und „helle“ Winter mit einer geschlossenen Schneedecke bis in den März für schlechte Tatgelegenheitsstrukturen, und die abnehmende Medienpräsenz des Themas senkte die Zahl der möglichen Trittbrettfahrer.

Parallel zum Rückgang der politisch links motivierten Gewalt wurde die Militanzdebatte von mehreren Gruppierungen wie den „Revolutionären Aktionszellen“ (RAZ), aber auch Gruppen mit Phantasienamen wie „Bewegung Schwarzer Phoenix“ mit zahlreichen Textbeiträgen wiederbelebt. Die wiederangelaufene Militanzdebatte ist auch eine Reaktion der Szene auf die im vergangenen Jahr geführte gesellschaftliche Debatte um die Brandanschläge auf private KfZ und Firmenwagen. Sie dient auch der nachträglichen Reflexion über Legitimität und Grenzen dieser Straftaten.

Veröffentlicht wurden die Debattenbeiträge in den Szene-Zeitschriften INTERIM, radikal, „p.r.i.s.m.a.“ und „Bauwas!“. „p.r.i.s.m.a.“ und „Bauwas!“ erschienen 2010 zum ersten Mal. Die Beiträge in den Zeitschriften befassten sich fast nur mit dem Thema Gewalt in theoretischer und praktischer Form. Sie enthielten Bauanleitungen, beispielsweise für Brandsätze mit Gaskartuschen und elektronisch gesteuerte Brandsätze.

Sichtbar wird die Akzeptanz von Gewalt gegen Polizisten auch an der so genannten „Splitterbombendiskussion“: Am 12. Juni fand eine Demonstration unter dem Motto „Die Krise heißt Kapitalismus – Banken und Konzerne sollen zahlen“ statt, die von einem Bündnis aus demokratischen und linksextremistischen Gruppen vorbereitet wurde. Aus dem „antikapitalistischen Block“ heraus wurden Feuerwerkskörper in Richtung einer Gruppe von Polizeibeamten geworfen, von denen 15 verletzt wurden. In einigen Medien wurde zunächst über eine „Splitterbombe“ berichtet. Tatsächlich handelte es sich um Pyrotechnik. Während die Mehrheit der linksextremistischen Szene zu der Tat schwieg, wurden auch Stimmen laut, die die Aktion rechtfertigten. Mit der für Autonome typischen Argumentation der „strukturellen Gewalt“ wurde behauptet, dass Gewalt bei Demonstrationen stets von der Polizei ausgehe und man insofern lediglich reagiere.

Extremistische Bestrebungen ausländischer Organisationen (ohne Islamismus)

- PKK-Veranstaltung verboten
- Bundesweite Brandanschläge

Die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) verfolgt nach wie vor eine Doppelstrategie aus bewaffnetem Kampf in der Türkei und weitgehend friedlichen Aktionen in Europa. Dadurch wird einerseits Druck auf den türkischen Staat erzeugt. Andererseits versucht die PKK, in der europäischen Öffentlichkeit und Politik Sympathien für ihre politische Agenda zu gewinnen sowie Unterstützung im Kampf um die Haftbedingungen des PKK-Führers Abdullah Öcalans zu erlangen.

In Berlin wurde die geplante Saalveranstaltung zum 32. Jahrestag der PKK am 28. November verboten. In der Begründung heißt es, dass die in den letzten zwei Jahren durchgeführten vergleichbaren Versammlungen zum Gründungstag der PKK eindeutig als PKK-getragen zu bewerten sei. Eine geplante Ersatzveranstaltung am 19. Dezember wurde ebenfalls verboten.

In Zusammenhang mit dem Jahrestag der Festnahme von Abdullah Öcalan am 15. Februar 1999 kam es bundesweit zu mehreren Brandanschlägen. Die „Apoistische Jugend“ bezichtigte sich eines Brandanschlags auf einen LKW am 4. Februar in Kreuzberg.

Scientology

- Veranstaltungen werden von der Öffentlichkeit ignoriert
- Schulen weiter im Visier

Wie in den Vorjahren entfaltete die Berliner Organisation von Scientology (SO) auch 2010 verschiedene Aktivitäten, die darauf abzielten, neue Mitglieder und Kunden für ihre Kurssysteme anzuwerben und ihre Ideologie zu verbreiten. Sie bemühte sich, im Stadtbild Berlins präsent zu sein. Dies hat sich allerdings weder auf ihre öffentliche Akzeptanz noch auf ihre Mitgliederzahlen positiv ausgewirkt. Sämtliche Veranstaltungen der SO wurden weitgehend ignoriert.

Neben unregelmäßigen „Mahnwachen“ mit denen sich vereinzelte Scientology-Aktivistinnen an eine breitere Öffentlichkeit wandten, waren 2010 erneut mehrere Berliner Schulen, aber auch Polizeidienststellen Adressaten der erfolglosen Scientology-Propaganda. Bot die Organisation in den vergangenen Jahren Veranstaltungen wie Anti-Drogen-Seminare oder Vorträge im Ethik- und Religionsunterricht an, stand 2010 eine DVD mit dem Titel „Der Weg zum Glückseligkeit“ im Mittelpunkt ihrer Kampagne. Bei der DVD handelt es sich um die Filmpräsentation einer gleichnamigen Broschüre der Scientology, die in den Worten der Organisation als „Wegweiser zu einem glücklicheren Leben voller Mitgefühl und Fürsorge“ dienen soll. Tatsächlich dient diese Broschüre allerdings lediglich als Einstieg in die Scientology-Ideologie.

Spionageabwehr

- Verurteilungen wegen geheimdienstlicher Tätigkeit
- Wirtschaftsschutztag im April 2011

Die Aufklärungsaktivitäten der Nachrichtendienste fremder Staaten setzen sich in unverändertem Maß fort. Eine Vielzahl von Staaten versucht sich mit Hilfe ihrer Nachrichtendienste Wissensvorteile im politischen, militärischen und wirtschaftlichen Bereich zu verschaffen. Darüber hinaus hat insbesondere für Nachrichtendienste totalitärer Staaten die Ausforschung von in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Oppositionellen und Dissidenten ihrer Heimatländer Priorität.

Der Staatschutzsenat des Kammergerichts Berlin verurteilte 12.1.2011 zwei libysche Staatsangehörige wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit. Ein Angeklagter hatte laut Urteil als Führungsoffizier ein Netz informeller Mitarbeiter geleitet, sich dadurch Informationen aus Oppositionskreisen beschafft und diese an seine Vorgesetzten in Libyen weitergegeben. Er wurde zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren und sechs Monaten verurteilt. Der zweite Angeklagte hatte laut Urteil als Informant des Führungsoffiziers gearbeitet, libysche Oppositionelle ausgespäht und seine Erkenntnisse gegen Agentenlohn an den ersten Angeklagten weitergeleitet. Er wurde zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr und zehn Monaten verurteilt.

Die in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Unternehmen und Forschungseinrichtungen sind bevorzugte Zielobjekte von Ländern, die Wirtschaftsspionage und Proliferation betreiben. Für die deutsche Wirtschaft stellen Wirtschaftsspionage und Konkurrenzausspähung einen Deliktbereich mit hohem Gefährdungspotential dar. Der durch ungewollten Informationsfluss eintretende Schaden dürfte in Deutschland pro Jahr in Milliardenhöhe liegen. Zum Thema „Wirtschaftsschutz“ hat der Berliner Verfassungsschutz am 7. April 2011 gemeinsam mit dem Verfassungsschutz Brandenburg und der Beuth Hochschule für Technik ein Symposium veranstaltet, das große Resonanz fand.

Senator Dr. Körting:

„Der Anschlag eines radikalisierten Einzeltäters, der Anfang März 2011 in Frankfurt zwei amerikanische Soldaten tötete und mehrere zum Teil schwer verletzte, macht deutlich, dass die Sicherheitsbehörden weiter wachsam bleiben müssen. Es ist der erste Terroranschlag, der in Deutschland „erfolgreich“ war. Die öffentliche Wahrnehmung ist zu schnell darüber hinweggegangen, der Anschlag hat uns gezeigt, dass Terrorismus aus unserer Gesellschaft heraus entsteht und nicht durch einreisende Täter. Der Einzeltäter von Frankfurt am Main hat sich offenbar über das Internet radikalisiert, bis hin zur terroristischen Tat.“

Der Anschlag macht deutlich, dass neben der Gefahrenabwehr auch das frühzeitige Erkennen und Verhindern von Radikalisierung eine große Aufgabe bleibt. Radikalisierung wird erleichtert durch Ausgrenzung von einzelnen Bevölkerungsgruppen. Sie wird auch erleichtert durch die Ausgrenzung einer Religion, der man abspricht, auch in unsere westliche demokratische Grundordnung integrierbar zu sein. Dort, wo aus islamisch geprägten Ländern Auffassungen und Mentalitäten mitgebracht werden, die sich mit unserem Demokratieverständnis und unserem Grundrechtsverständnis nicht vereinbaren lassen, muss man das klar benennen. Das betrifft das gebrochene Verhältnis zur Demokratie, das nicht nur bei islamistischen terroristischen Organisationen vorherrscht, sondern auch Bewegungen wie HAMAS oder Hizb Allah prägt. Auch die Islamische Gemeinschaft Milli Görüs und die Muslimbruderschaft mit ihrem deutschen Ableger Islamische Gemeinschaft in Deutschland haben zwar interne Diskussionen über ein westliches Demokratieverständnis, das auf Volkssouveränität und Wahlen beruht, sie sind aber ideologisch nach wie vor bei den nichtdemokratischen Gründern ihrer Bewegung angebunden.

In der Debatte um Muslime in Deutschland sind viele pauschale Vorurteile hochgeschwemmt worden. Es ist verkannt worden, dass die überwältigende Mehrheit der Muslime in Deutschland sich in unserer demokratischen Staatsform wohlfühlt und sie mitnichten infrage stellt. Deshalb müssen verantwortungsvolle Politik und Verwaltung sehr darauf achten, dass Defizite, Fehler und Missbräuche von einzelnen Organisationen sehr genau benannt werden, ohne dass dies pauschal auf ganze Bevölkerungsgruppen übertragen wird.“

Der Verfassungsschutzbericht 2010 kann im Internet unter

http://www.berlin.de/sen/inneres/verfassungsschutz/e2_publikationen.html

herunter geladen werden.

Rückfragen: Senatsverwaltung für Inneres und Sport

Pressemitteilung vom 21.04.2011, 11:35 Uhr
Senatsverwaltung für Justiz

BERLINER GESETZE KOSTENLOS IM INTERNET

Die Berliner Gesetze sind im Internet kostenlos unter www.gesetze.berlin.de abrufbar. Der Verlag C.H. Beck OHG hat im Auftrag der Senatsverwaltung für Justiz ein neues Vorschrifteninformationssystem bereitgestellt. Dort findet der Bürger eine vollständige und ausdrückbare Sammlung der Berliner Gesetze und Rechtsverordnungen. Die Suche erfolgt über eine benutzerfreundliche und barrierefreie Oberfläche, die einen schnellen und problemlosen Aufruf der Vorschriften ermöglicht.

Rückfragen: Senatsverwaltung für Justiz, Telefon:

Pressemitteilung vom 21.04.2011, 16:35 Uhr
Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales
**BERLIN KAMPAGNE „BERLIN LIEBT!
RESPEKT MACHT'S MÖGLICH.“
GEHT AUF TOUR**

Die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales teilt mit:

Am 23. April startet die erste von zehn diesjährigen Akzeptanzaktionen der berlinweiten Kampagne „Berlin liebt! Respekt macht's möglich.“. Zwei Aktionsteams werden auf dem „23 Nisan Internationalen Kinderfest“ am Brandenburger Tor für mehr Akzeptanz von Lesben, Schwulen, bisexuellen sowie trans- und intergeschlechtlichen Menschen werben. Begleitet werden die Teams vom Staatssekretär für Soziales Rainer-Maria Fritsch und der Leiterin der Landesantidiskriminierungsstelle Eren Ünsal.

„Unter diesem Motto „Berlin liebt! Respekt macht's möglich.“ wollen wir bei allen Berlinerinnen und Berlinern für Akzeptanz von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt werben. Es ist entscheidend, dass wir dazu miteinander ins Gespräch kommen. Gegenseitiges Kennenlernen, Information und Verständnis sind die Grundlage dafür, Vorurteile abzubauen. Auf diese Weise können wir auch die Offenheit, für die Berlin weltweit bekannt ist, weiter pflegen und fördern.“, so Staatssekretär Fritsch. Aus diesem Grund richtet sich die Berliner Akzeptanzkampagne an alle Berlinerinnen und Berliner – egal ob jung, ob alt, egal welcher sexueller und geschlechtlicher Identität, egal welcher ethnischen oder sozialen Herkunft.

Die Akzeptanzaktionen sind Teil einer multimedialen berlinweiten Akzeptanzkampagne mit mehrsprachigen Bestandteilen und geht zurück auf die 2009 vom Berliner Abgeordnetenhaus beschlossenen Berliner Initiative "Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt!". Die Landesstelle für Gleichbehandlung - gegen Diskriminierung (LADS) der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales ist mit der Umsetzung der Initiative betraut.

Weitere Informationen zur Kampagne und die Termine der Akzeptanzaktionen finden Sie unter

<http://www.berlin-liebt.info>.

Die Aktionsteams werden von 13:00 bis 17:00 Uhr am Ort sein.
Staatssekretär Fritsch und Eren Ünsal werden die Aktionsteams von 14.00 bis 15.00 Uhr begleiten.
Rückfragen: Karin Rietz, Telefon: 9028-2743

Pressemitteilung vom 27.04.2011, 09:20 Uhr

Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung

DIE GRUNDSCHULEN DER STAATLICHEN EUROPA-SCHULE BERLIN FEIERN DEN GRAND PRIX DE LA PETITE CHANSON

Die Grundschulen der Staatlichen Europa-Schule Berlin feiern den GRAND PRIX DE LA PETITE CHANSON

Der diesjährige und damit 12. „Grand Prix de la Petite Chanson“ findet statt am
Dienstag, 03. Mai 2011 um 10:00 Uhr im FEZ Wuhlheide
An der Wuhlheide 197, 12459 Berlin

Anlässlich der Europawoche feiern über 1.000 Europa-Schülerinnen und -Schüler mit ihren Lehrerinnen und Lehrern, Erzieherinnen und Erziehern, Eltern und Gästen der 17 Grundschulstandorte der Staatlichen Europa-Schule Berlin (SESB) bereits zum 12. Mal gemeinsam den „Grand Prix de la Petite Chanson“.

Während dieses Sprachen- und Kulturfestes präsentieren die Schülerinnen und Schüler der SESB-Grundschulen Lieder und Tänze ihrer Heimat und ihrer Partnerländer.

Senator Prof. Dr. E. Jürgen Zöllner: „Es ist beeindruckend zu sehen, wie die Schülerinnen und Schüler aller Europaschulen beim „Grand Prix de la Petite Chanson“ ihre sprachliche Kompetenz in ihrer Erstsprache und in ihrer Partnersprache präsentieren. Sie erhalten verdientermaßen für ihre Beiträge große Anerkennung und viel Beifall des Publikums.“

1992 begann die SESB an sechs Grundschulen mit etwa 90 Schülern. Heute lernen etwa 6.300 Schülerinnen und Schüler an 17 Grundschulen und den zwölf weiterführenden Schulen; die angebotenen Sprachkombinationen sind Deutsch-Englisch, -Französisch, -(Neu-)Griechisch, -Italienisch, -Polnisch, -Portugiesisch, -Russisch, -Spanisch und Deutsch-Türkisch.

Das Erleben der kulturellen Vielfalt und die Vertiefung der Europäischen Dimension verbunden mit dem zweisprachigen Unterricht ist ein Anliegen der SESB.

Redaktion: Beate Stoffers

Rückfragen: Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung, Telefon:

Pressemitteilung vom 28.04.2011, 08:20 Uhr
Presse- und Informationsamt des Landes Berlin
Wowereit begrüßt EU-weite Arbeitnehmerfreizügigkeit:

„BUNDESREGIERUNG MUSS UMGEHEND FLÄCHENDECKENDEN MINDESTLOHN EINFÜHREN“

Deutschland brauche endlich flächendeckende gesetzliche Mindestlöhne. Das fordert der Regierende Bür-

germeister von Berlin, Klaus Wowereit, vor dem Hintergrund der am 1. Mai 2011 wirksam werdenden vollen Freizügigkeit von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in der Europäischen Union.

Wowereit: „Berlin hat sich seit langem für die schnelle und vollständige Herstellung der Arbeitnehmerfreizügigkeit eingesetzt, und deshalb begrüße ich ihr Wirksamwerden. Wir leben in einer weltoffenen Stadt, die von ihrer Internationalität profitiert. Berlin erhofft sich von der Öffnung einen neuen Impuls für die Entwicklung unserer gemeinsamen Region mit Blick auf unsere polnischen Nachbarn.“

Trotzdem müssten im Zuge solcher Entwicklungen auftretenden Ängste und Sorgen der Menschen ernst genommen werden, so Wowereit weiter: „Deshalb muss die Bundesregierung jetzt umgehend den flächendeckenden Mindestlohn einführen.“ Der Regierende Bürgermeister: „Lohn- und Sozialdumping müssen wirksam bekämpft werden. Für alle Beschäftigten müssen faire Arbeitsbedingungen und Löhne gleichermaßen gelten. Gesetzliche Mindestlöhne und die Aufnahme aller Branchen in das Arbeitnehmerentendegesetz wären hierfür wirksame Instrumente. Aber die Bundesregierung hat sich hier zaudernd und zögerlich gezeigt. Das rächt sich jetzt, weil wir nicht so optimal aufgestellt sind, wie wir es sein könnten.“

Ab dem 1. Mai 2011 gilt für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus Estland, Lettland, Litauen, Polen, der Slowakei, Slowenien, der Tschechischen Republik und Ungarn die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit in der Europäischen Union. Nach sieben Jahren Übergangsregelungen ist damit – als einer der letzten – auch der deutsche Arbeitsmarkt offen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus den 2004 beigetretenen EU-Mitgliedstaaten.

Von den 2004 beigetretenen Staaten ist die Gruppe der in Berlin lebenden Polen mit gut 40.000 (40.988) Einwohnern die größte. Es folgen mit großem Abstand die Ungarn (2.519) sowie Einwohner mit lettischer Staatsangehörigkeit (2.447), aus Litauen (1.708) sowie aus der Tschechischen Republik (1.503).

Rückfragen: Chef vom Dienst, Telefon: 9026-2411

Pressemitteilung vom 28.04.2011, 13:35 Uhr
Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales
Arbeitsministerin Bluhm zu den aktuellen Arbeitsmarktzahlen:

ARBEITSLOSIGKEIT SINKT – ARBEITNEHMERFREIZÜGIGKEIT AB 1. MAI BIETET CHANCEN FÜR BERLIN

Die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales teilt mit:

In Berlin ist die Arbeitslosigkeit leicht gesunken. Es waren im April 238.255 Arbeitslose gemeldet, das waren 2.315 weniger als im Vormonat und 1.347 weniger als vor einem Jahr. Die Arbeitslosenquote lag mit 13,9 Prozent um 0,1 Prozentpunkte unter der des Vormonats und um 0,3 Prozentpunkte unter dem Vorjahreswert.

Arbeitsministerin Carola Bluhm bezeichnete die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit in der Europäischen Union ab dem 1. Mai 2011 als „Chance für Berlin“: „Angesichts der demografischen Entwicklung und unseres Fachkräftebedarfes in der Zukunft ist es eine große Chance für unsere Stadt, dass Arbeitskräfte aus den jüngeren Beitrittsländern hier arbeiten können. Berlin ist eine weltoffene Stadt, in die auch in der Vergangenheit immer Menschen zugewandert sind. Wir heißen neue Arbeitskräfte willkommen und setzen uns zugleich dafür ein, dass alle bereits hier lebenden Menschen gute Aus- und Weiterbildungen erhalten, um ihrerseits Beschäftigung zu guten Arbeitsbedingungen vorzufinden. Die Öffnung des Arbeitsmarktes muss mit mehr Schutz für alle Beschäftigten einhergehen. Sie darf nicht für Lohndumping und prekäre Beschäftigung genutzt werden. Um das Prinzip des gleichen Lohns und der gleichen Arbeitsbedingungen am gleichen Ort durchzusetzen, brauchen wir dringend den flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn und ein Ende der Minijobs ohne Sozialversicherungsschutz. Hier ist die Bundesregierung gefordert.“

Die ab 1. Mai geltende Arbeitnehmerfreizügigkeit gibt Beschäftigten aus den acht EU-Mitgliedsstaaten, die jetzt bereits illegal in Berlin arbeiten, die Chance auf Legalisierung ihres Beschäftigungsverhältnisses und damit auf Schutz und mehr Rechte.“

Ab 1. Mai können Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus den 2004 beigetretenen EU-Staaten Polen, Ungarn, Tschechien, der Slowakei sowie Slowenien und den baltischen Republiken ohne Beschränkungen in Deutschland arbeiten.

Rückfragen: Anja Wollny, Telefon: 9028-2743

Anfragen an den Senat

Kleine Anfragen:

Titel: Umsetzung des Maßnahmeplans zur Bekämpfung von Homophobie im Bereich Schule und Jugend
 Abgeordneter: Emine Demirbüken-Wegner (CDU)
 Link: <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/KIAnfr/ka16-15210.pdf>

Titel: Gruppen, Vereine, Jugendverbände und -organisationen von und für Jugendliche mit Migrationshintergrund
 Abgeordneter: Sebastian Czaja (FDP)
 Link: <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/KIAnfr/ka16-15229.pdf>

Titel: Europa in Berlin (I): Ungarn in Berlin
 Abgeordneter: Mirco Dragowski (FDP)
 Link: <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/KIAnfr/ka16-15231.pdf>

Titel: Quartiersmanagement Mehringplatz - Ein Kiez rutscht ab und alle schauen zu?
 Abgeordneter: Matthias Brauner (CDU)
 Link: <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/KIAnfr/ka16-15262.pdf>

Titel: Arbeitsbedingungen in der Berliner Pflegebranche und Kontrolle des Pflegemindestlohns
 Abgeordneter: Jasenka Villbrandt (Bündnis 90 / Die Grünen)
 Link: <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/KIAnfr/ka16-15247.pdf>

Titel: Förderung von innovativen Projekten durch den Integrationsbeauftragten nicht möglich?
 Abgeordneter: Canan Bayram (Bündnis 90 / Die Grünen)
 Link: <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/KIAnfr/ka16-15268.pdf>

Aus Europa, Bund und Ländern

Hinweis:

**BERLINER EUROPAPORTAL
 UND EUROPA-NEWSLETTER**



Das Europaportal der Berliner Senatskanzlei gibt einen umfassenden Überblick über europarelevante Themenbereiche wie z.B. die Darstellung der derzeitigen europapolitischen Schwerpunkte, Gremienarbeit, EU - Förderprogramme oder aktuelle Wettbewerbe. Darüber hinaus sorgen Links für Europainteressierte für einen Einblick in die Vielfältigkeit und Vielschichtigkeit von Europa in Berlin. Das Berliner Europaportal im Web:

<http://www.berlin.de/rbmskzl/europa/index.html>

Regelmäßig aktuelle Informationen zu EU-Förderprogrammen, Aus- wie Weiterbildung und vieles mehr bietet der regelmäßig am Anfang eines jeden Monats erscheinende Newsletter „Europa in Berlin - Berlin in Europa“ unter der Adresse

<http://www.berlin.de/rbmskzl/europa/oeffentlichkeitsarbeit/newsletter.html>.

Diese Veröffentlichung bietet zielgruppenspezifische EU-Informationen für die Berliner Senatsverwaltungen und Bezirke. Ein Abonnement ist ebenfalls möglich.

Informationen zu aktuellen Ausschreibungen gibt die Berliner Datenbank EU-Profil unter

<http://www.berlin.de/rbmskzl/europa/foerderprogramme/index.html>

3.527 ASYLANTRÄGE IM MÄRZ 2011

Im März 2011 wurden beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 3.527 Asylersuchen gestellt. Die Zahl der Asylbewerber stieg im Vergleich zum Vormonat um 237 Personen (7,2 Prozent).

Im Vergleich zum Vorjahresmonat März 2010 stieg die Zahl der Asylbewerber um 854 Personen (32,0 Prozent).

624 Personen erhielten im März 2011 die Rechtsstellung eines Flüchtlings nach der Genfer Konvention (14,2 Prozent aller Asylentscheidungen). Zudem erhielten 323 Personen (7,4 Prozent) sogenannten "subsidiären Schutz" (Abschiebungsverbote gemäß § 60 Abs. 2, 3, 5 und 7 Aufenthaltsgesetz).

Weiter mit den Hauptherkunftsländern und den Zahlen im Einzelnen unter:

http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungn/DE/2011/04/asylizahlen_maerz2011.html?nn=109632

[PM BMI v. 13.04.2011]

BAMF:

INTEGRATIONSPORTAL WIRD ABGESCHALTET Informationen zu Integration auf neu gestalteter Seite zugänglich

Das BAMF teilt mit, dass das Integrationsportal des BAMF (www.integration-in-deutschland.de) in Kürze abgeschaltet wird.

Alle Informationen zum Bereich Integration, zu Integrationsangeboten sowie alle aktuellen Formulare, Merkblätter und Anträge finden Sie auf der neu gestalteten Internetseite des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge unter <http://www.bamf.de>.

Informationen für Zuwanderer sind dort im Bereich "Willkommen in Deutschland"

<http://www.bamf.de/DE/Willkommen/willkommen-node.html>,

Informationen für Träger und Akteure der Integration im Bereich "Infothek"

<http://www.bamf.de/DE/Infothek/infothek-node.html>.

Achtung: Formulare und Merkblätter liegen nur auf den neuen Seiten in jeweils aktualisierter Fassung vor

<http://www.bamf.de/DE/Service/Left/Downloads/downloads-node.html>.

SVR:

MIGRATIONSGUTACHTEN 2011 VORGELEGT Mehr Mut zu klaren Konzepten gefordert

Die Zuwanderungspolitik in Deutschland muss „mit mutigen Konzepten zukunftsfester“ werden. Das forderte der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) bei der Vorstellung seines zweiten Jahresgutachtens mit dem Titel „Migrationsland 2011“ am 13.04.2011.

Das Gutachten analysiert und bewertet Zuwanderung, Ab- bzw. Auswanderung und Migrationspolitik in Deutschland vor internationalem Hintergrund. Dazu wurden erstmals in einem SVR-Migrationsbarometer mehr als 2.450 Personen mit und ohne Migrationshintergrund nach ihren Einschätzungen und Bewertungen von Migration und Migrationspolitik befragt. Im Ergebnis

sieht der SVR eine Kluft zwischen erregten publizistischen und politischen Diskursen und durchaus pragmatisch-nüchternen Einschätzungen im Alltag der Bürgergesellschaft. Der SVR-Vorsitzende Prof. Klaus J. Bade fordert daher „ein Ende des Versteckspiels der Politik mit den angeblichen Ängsten der Bevölkerung“ und „mehr Mut zu klaren und nachvollziehbaren Konzepten in der Migrationspolitik“. Das gelte für Abwanderung und Zuwanderung ähnlich wie für die Aufnahme von Flüchtlingen und Asylsuchenden.

Weiter in der erläuternden Pressemitteilung unter: http://www.svr-migration.de/?page_id=2670

Download des Jahresgutachtens: http://www.svr-migration.de/?page_id=2658

INTERESSENBEKUNDUNGSVERFAHREN ZUR EINRICHTUNG VON FACHSTELLEN ZU SCHWERPUNKTTHEMEN DER ARBEITSMARKTINTEGRATION

Frist: **06.05.2011**

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales führt in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Bildung und Forschung und der Bundesagentur für Arbeit ein bundesweites Interessenbekundungsverfahren zur Einrichtung und Durchführung von Fachstellen zu Schwerpunktthemen der Arbeitsmarktintegration durch. Das Interessenbekundungsverfahren richtet sich an Institutionen, die sich bereits in der Vergangenheit inhaltlich mit einem oder mehreren Themen der geplanten Fachstellen auseinandergesetzt haben und über entsprechendes Know-how verfügen.

Wortlaut der gesamten Mitteilung mit schematischer Darstellung des Förderprogramms, der Förderrichtlinie und der Bekanntmachung unter:

http://www.bmas.de/portal/50876/2011_03_07_integrations_durch_qualifizierung_bekanntmachung.html

Bekanntmachung im Internet (direkt) unter:

http://www.bmas.de/portal/50866/property=pdf/2011_03_07_integrations_durch_qualifizierung_bekanntmachung.pdf

EU-Kommission:

NATIONALE STRATEGIEN ZUR EINGLIEDERUNG DER ROMA VORGELEGT

Die Europäische Kommission hat einen EU-Rahmen für nationale Strategien zur Eingliederung der Roma vorgelegt. Der EU-Rahmen basiert auf vier Säulen: Zugang zu Bildung, Beschäftigung, Gesundheitsfürsorge und Wohnraum. Die Mitgliedstaaten werden aufgefordert, je nach Größe der in den einzelnen Gebieten lebenden Roma-Bevölkerung und der jeweiligen Ausgangssituation nationale Integrationsziele festzulegen.

Weitere Informationen:

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=de&catId=518&newsId=1011&furtherNews=yes>

Informationen in englischer Sprache mit Tabellen zum Anteil der Roma unter der Bevölkerung in einzelnen Europäischen Staaten

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/400&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

Initiativen

Wettbewerb für Unternehmen
„VIELFALT IN DER ARBEIT“
**„Interkulturelle Öffnung von Unternehmen
in Berlin“**

Einsendeschluss: **30.06.2011**

Durch Initiative von Herrn Hüseyin Yilmaz – Vorsitzender des Vereins TUH e.V.- wird erneut der Unternehmerpreis 2011 „Vielfalt in der Arbeit“ unter der Schirmherrschaft von Senator Harald Wolf (Senator für Wirtschaft, Technologie und Frauen) und Generalkonsul Mustafa Pulat (Generalkonsul der Türkei in Berlin) ausgelobt. Mit diesem Preis sollen Unternehmen ermuntert werden sich interkulturell zu öffnen, für ein Miteinander in der Arbeit, für mehr Produktivität, Gewinn und Erfolg.

Aufgefordert sind Unternehmen aller Branchen mit bis zu 50 Angestellten, unabhängig davon, ob der Unternehmer/Geschäftsführer einen Migrationshintergrund haben oder nicht und welche Nationalitäten im Betrieb zusammenarbeiten.

Bewerbungsbeginn: 15.04.2011

Einsendeschluss: 30.06.2011 (Poststempel)

**Feierliche Preisverleihung am 18. August 2011 um
19:00 Uhr im Mercure Hotel in der Rollbergstraße
70, 12053 Berlin**

Alle weiteren Informationen bzw. Teilnahmebedingungen rund um den Wettbewerb finden Sie unter:
<http://www.vielfalt-der-arbeit.de>
oder <http://www.tuh-berlin.de>.

Kontakt

TUH e.V. Berlin
Türkische Unternehmer & Handwerker e.V. Berlin
Rollbergstraße 70
12053 Berlin

Tel.: (030) 627 212 31

Fax: (030) 627 212 35

E-Mail: info@tuh-berlin.de

Internet: <http://www.tuh-berlin.de>

Multimedia-Wettbewerb:

NICE TO MEET YOU

Kulinarische Kollisionen in 100 sec

Einsendungen bis zum **17.7.2011**

Döner oder Sushi? Curry rot-weiß oder Curry Masala? Der Multimedia-Wettbewerb **Nice to meet you** dreht sich um die kulinarische Vielfalt unserer Einwanderungsgesellschaft. Geschichten rund ums Essen können als Film oder Soundfile eingereicht werden. Den Gewinnern winken Geldpreise.

Nach dem erfolgreichen Auftakt im Jahr 2008 startet das **Haus der Kulturen der Welt** gemeinsam mit dem **rbb Fernsehen** und **radioeins** die Fortsetzung von **Nice to meet you** – diesmal unter dem Motto: **Kulinarische Kollisionen in 100 sec**. Der Startschuss ist gefallen. Seit dem 1. April 2011 können Wettbewerbsbeiträge auf der Webseite <http://www.hundertsekunden.de> hochgeladen werden. Alle Formate sind erlaubt: (O-Ton-)Collagen, vertonte bzw. gefilmte Erzählungen, Komödien, Kurzkrimis oder Musikclips. Eine prominent besetzte Jury wird aus den eingereichten Beiträgen die drei Preisträger ermitteln, die 3.000, 2.000 oder 1.000 Euro gewinnen. Die Mediennutzer Berlin-Brandenburgs sind mit diesem Wettbewerb aufgefordert, ihre persönliche kreative Bearbeitung der alltäglichen „kulinarischen Kollisionen“ einzureichen.

Das Finale des virtuellen Wettbewerbs am 17. September 2011 ist die Abschluss-Veranstaltung der **Asien-Pazifik-Wochen** und mündet in einen sinnlichen Event. Die Präsentation erfolgreicher Köche und ihrer kulinarischen Kreationen verwöhnen die Gewinner des Wettbewerbs, die Jury und das Publikum nach der Preisverleihung. Dabei geht der Weg von der Kollision zur Fusion: nicht Ethno-Food aus unterschiedlichen Ländern soll serviert werden, sondern eine neue und moderne Küche, die sich längst das Beste aus den internationalen Küchen entlehnt hat. Die Siegerfilme werden im Anschluss an die Gala als Bestandteil der Asien-Pazifik-Ausstellung **Floating Food** im Foyer vom **Haus der Kulturen der Welt** präsentiert.

Medienkompetenzkurse

Im Rahmen des Wettbewerbs finden praxisbezogene Workshops statt. Darin besteht die Möglichkeit, das eigene Wissen im Umgang mit einer Kamera, mit Bildgestaltung und Schnitt zu vertiefen. Die Teilnehmer können außerdem das professionelle Umfeld von Filmteams, Redakteuren, Redakteurinnen und Produzenten bzw. Produzentinnen, kennen lernen, die eigene Medienkompetenz vertiefen und Kontakte knüpfen. Die Kurstermine erscheinen in Kürze auf <http://www.hundertsekunden.de>. Teilnahmwünsche bitte per E-Mail an nicetomeetyou@rbb-online.de. Die Teilnehmerzahl ist auf 10 Personen pro Kurs begrenzt. Die Teilnahme ist kostenlos.

Kontakt

Haus der Kulturen der Welt
Eva Stein
John-Foster-Dulles-Allee 10
10557 Berlin
Tel.: (030) 397 87 155
Fax: (030) 397 87 159

E-Mail: stein@hkw.de
Internet: <http://www.hkw.de>

rbb Fernsehen
Anne-Katherina Priss
Rundfunk Berlin-Brandenburg
Marlene-Dietrich-Allee 20
14482 Potsdam

Tel.: (0331) 97 993-21 414
Fax: (0331) 97 993-21 429

E-Mail: anne-katherina.priss@rbb-online.de
Internet: <http://www.rbb-online.de>

Wettbewerb:

IDEEN FÜR DIE BILDUNGSREPUBLIK

Bildungsgerechtigkeit für Kinder und Jugendliche

Frist: **16.05.2011**

„Deutschland – Land der Ideen“ ruft 2011 erstmalig den bundesweiten Wettbewerb „Ideen für die Bildungsrepublik“ aus. Das Motto des Wettbewerbs ist „Gemeinsam für mehr Bildungschancen“. Noch bis zum 16. Mai können sich Initiativen, Institutionen und Vereine bewerben, die sich nachhaltig für Bildungsgerechtigkeit für Kinder und Jugendliche stark machen.

Unter der Schirmherrschaft der Bundesministerin für Bildung und Forschung Prof. Dr. Annette Schavan soll der Wettbewerb herausragendes Engagement im Bildungsbereich würdigen und zugleich beispielhafte Projekte herausstellen und zur Nachahmung anregen.

Nach Ende des Bewerbungszeitraums wird eine hochkarätige Expertenjury die „Bildungsideen 2011/2012“ auswählen. Die Auszeichnung der Preisträger erfolgt Woche für Woche ab Mitte August 2011.

Kontakt

Telefon-Hotline: (030) 23 60 78 444
Montag bis Freitag: 09:00 Uhr bis 18:00 Uhr

E-Mail: bildungsideen@land-der-ideen.de
Internet: <http://www.bildungsideen.de>

Landessportbund Berlin
**INTEGRATIONSPREIS
 DES BERLINER SPORTS**

Bewerbungsfrist: **30.06.2011**

Zur Unterstützung von Projekten oder Vereinen, die sich vorbildhaft für Menschen mit unterschiedlichen kulturellen, sozialen und physischen Voraussetzungen geöffnet haben, lobt der Landessportbund Berlin (LSB) mit freundlicher Unterstützung der Messe Berlin und der Hauptstadtkampagne beBerlin den „Integrationspreis des Berliner Sports“ aus. Die Schirmherrschaft hat Berlins Regierender Bürgermeister, Klaus Wowereit, übernommen.

Mit dem ausgeschriebenen Integrationspreis sollen bestehende Projekte in Vereinen gewürdigt und neue initiiert und motiviert werden. Die Projekte sollen einen innovativen und beispielhaften Beitrag zur Integration leisten, aber auch nachhaltig wirken. Es soll auch nicht nur um die Integration von Menschen mit Migrationsgeschichte gehen, sondern genauso um die von Menschen mit Behinderung oder Kindern und Jugendlichen, denen es aus familiären Gründen nicht möglich ist, einen Sport auszuüben. Gleiches gilt für Projekte, die Sport und Bildung vereinen oder gesundheitliche Prävention und Rehabilitation.

Wichtig ist, dass die eingereichten Projekte nicht vor dem 1. Januar 2010 entwickelt oder begonnen wurden und zum 30. Juni 2011 nicht abgeschlossen sind. Eine Jury unter Vorsitz des LSB-Präsidenten Klaus Böger wird über die Preisvergabe entscheiden. Das Preisgeld ist ausschließlich für Integrationsprojekte vorgesehen; seine Verwendung wird nach Ausschüttung des Geldes durch den Landessportbund Berlin geprüft.

Die Bewerbungsphase endet am 30. Juni 2011. Alle Bewerbungen sind per Post, Fax oder E-Mail zu richten an:

Landessportbund Berlin
 c/o TOP Sportmarketing Berlin GmbH
 Simon Schulte
 Hanns-Braun-Straße/Friesenhaus 1
 14053 Berlin

Fax: (030) 301118620

E-Mail: schulte@topsportberlin.de

Internet: <http://www.topsportberlin.de>

[PM v. 15.03.2011, RED]

Workshops/ Tagungen

04.05., bridge – Fachveranstaltung:
**FLÜCHTLINGE ALS FACHKRÄFTE -
 WIE UNTERNEHMEN AKTIV WERDEN**

4. Mai 2011, 13.00 bis 16.00 Uhr

Veranstaltungsort:

Gesundheits- und Sozialzentrum Moabit (GSZM)
 Zentrum Überleben,
 Haus J, kleiner Hörsaal, 1. Etage
 Turmstraße 21
 10559 Berlin

In Deutschland wird derzeit viel diskutiert über fehlende Auszubildende und Arbeitskräfte in Unternehmen, den demografischen Wandel und die Anwerbung von Fachkräften aus dem Ausland. Viele Flüchtlinge, die bereits in Deutschland leben, haben eine Ausbildung und Berufserfahrung: Sie sind Ärzte, Frisöre oder Facharbeiter. Andere haben keine einschlägige Ausbildung und bisher in ihrem Leben nur wenig Gelegenheit gehabt, die Schule zu besuchen. Sie alle kennen das Leben in Berlin und sind häufig sehr motiviert, ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen. Dennoch ist es schwer für Flüchtlinge, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Rechtliche und strukturelle Zugangsbarrieren oder fehlende Kompetenzen erschweren den Weg in die Betriebe. Zudem sind Unternehmen noch zögerlich bei ihrer Einstellung.

Das Berliner Netzwerk für Bleiberecht „bridge“ hat die Verbesserung der Teilhabe von Bleibeberechtigten und Flüchtlingen am Erwerbsleben zum Ziel und schlägt deshalb eine Brücke hinein in die Unternehmen.

bridge möchte Sie herzlich einladen, zusammen mit der Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales, Carola Bluhm, Unternehmern und weiteren Vertretern aus Politik und Gesellschaft Herausforderungen und erprobte Ansätze zur betrieblichen Integration von Bleibeberechtigten und Flüchtlingen zu diskutieren und weiterzuentwickeln.

Programm

- **13.00 Uhr Grußwort des Gastgebers**
 Joachim Ruffer, Koordinator des Zentrums für Flüchtlingshilfen und Migrationsdienste im Zentrum Überleben

Vorträge

- **Flüchtlinge und Arbeitsmarktintegration – ein Thema für Berlin**

Carola Bluhm, Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales

- **Flüchtlinge im ESF - Zielsetzung des Bundesprogramms**
Sabine Baun, Leiterin der Gruppe Europäische Fonds für Beschäftigung im Bundesministerium für Arbeit und Soziales
- **Fachkraft Flüchtling – Herausforderung und Notwendigkeit**
Claus Kohls,
Personalleiter Gegenbauer-Gruppe
- **Angebote für Flüchtlinge und Unternehmen – ein Vorschlag für Kooperationen**
Dr. Gerlinde Aumann und Joachim Ruffer,
Zentrum für Flüchtlingshilfen und Migrationsdienste
- **Was braucht Berlin? – 10 Thesen aus Sicht von bridge**
Heidi Gellhardt, Arbeit und Bildung

Podiumsdiskussion ab 14.30 h

Welche Verantwortung tragen die Arbeitsmarktakteure beim Thema Fachkraft Flüchtling?

- Günter Piening, Integrationsbeauftragter des Senats von Berlin (Moderation)
- Stefan Felisiak, Geschäftsführer JobCenter Berlin Friedrichshain-Kreuzberg
- Ulrich Söding, Leiter des Ausbildungsinstituts bei Vivantes
- Bernhard Kirsch, das büro für arbeitundausbildung
- Katharina Schumann, Handwerkskammer Berlin
- Mohammed Jouni, Mitarbeiter bei Vivantes und ehemaliger bridge-Teilnehmer

Anschließend Empfang

Anmeldung per Fax oder E-Mail

Frau Bahar Yildirim
Büro des Beauftragten des Senats von Berlin
für Integration und Migration
Potsdamer Straße 65
10785 Berlin

Tel.: (030) 9017-2324
Fax: (030) 9017-2320

E-Mail: bridge@intmig.berlin.de
Internet: <http://www.integrationsbeauftragter.berlin.de>

Kontakt

Frau Imke Juretzka
ESF-Projekt
„bridge – Berliner Netzwerk für Bleiberecht“
Büro des Beauftragten des Senats von Berlin

für Integration und Migration
Potsdamer Straße 65
10785 Berlin

Tel.: (030) 9017-2389

E-Mail: bridge@intmig.berlin.de
Internet: <http://www.integrationsbeauftragter.berlin.de>

09.05., Fachtagung:

MILCH UND HONIG ODER HEULEN UND ZÄHNEKLAPPERN Was erwartet EU-Bürgerinnen und EU-Bürger in Berlin?

Anmeldung bis **29.04.2011**

09.05.2011
von 10:00 bis 16:00

Rathaus Schöneberg
BVV-Saal
John-F.-Kennedy-Platz
10825 Berlin

Am 1. Mai 2011 tritt die volle Freizügigkeit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus acht neuen EU-Mitgliedsstaaten – u. a. aus Polen, Tschechien und der Slowakei – in Kraft.

Schon die bisherigen Erfahrungen mit Zuwanderung aus EU-Ländern haben gezeigt, dass bei Arbeitsplatzverlust kaum Zugang zu sozialen Leistungen besteht. Sie sind auch häufig von Wohnungslosigkeit bedroht und haben nur unzureichend Zugang zu medizinischer Versorgung. Viele Einrichtungen und Dienste Berlins sind noch nicht hinreichend auf die Beratung und Versorgung dieses Personenkreises vorbereitet.

Wir möchten Sie einladen, mit Fachleuten aus sozialen Beratungsstellen, aus Behörden und aus der Politik zu diskutieren, wie sich die Situation in Berlin darstellt und welche Handlungsbedarfe und -möglichkeiten es gibt, die Freizügigkeit für die Stadt Berlin nutzbar zu machen.

Programm und weitere Informationen:
<http://www.landesarmutskonferenz-berlin.de/dokumente/Fachtag%209.5.2011.pdf>

Anmeldung per E-Mail an:
geschaeftsstelle@landesarmutskonferenz-berlin.de

Kontakt

Tagungskoordination
Ingrid Lühr
Diakonisches Werk Berlin-Brandenburgschlesische
Oberlausitz e.V.

Tel. (030) 820 97-251
 E-Mail: luehr.i@dwbo.de
 Internet: <http://www.dwbo.de>

Arbeiterwohlfahrt Landesverband Berlin e.V. in Insolvenz
 Fachstelle für Integration & Migration
 Dirk Heinke
 Willmannsdamm 12
 10827 Berlin

Tel.: (030) 2219 22620
 Fax: (030) 2219 22651

E-Mail: dirk.heinke@awoberlin.de
 Internet: <http://www.awoberlin.de>

11.05., Fachtagung:
**„JETZT REDEN WIR“ –
 Russischsprachige ältere Zuwanderer
 und Zuwanderinnen engagieren sich in Berlin**

Das KompetenzZentrum Interkulturelle Öffnung der Altenhilfe lädt mit dem club DIALOG zu der gemeinsamen Fachtagung ein.

Im Rahmen der Veranstaltung berichten russischsprachige ältere Zuwanderinnen und Zuwanderer über Ihre Erfahrungen und stellen ihre Erfolge aus ihrem jeweiligen Umfeld vor.

Damit setzen wir gemeinsam die Veranstaltungsreihe „Jetzt reden wir“ fort.

Weitere Informationen, Programm und Anmeldung im Internet unter: http://www.kom-zen.de/index.php?option=com_content&view=article&id=14&Itemid=3

Tagungsort:
 Werkstatt der Kulturen
 Wissmannstraße 32
 12049 Berlin

Internet: <http://www.werkstatt-der-kulturen.de>

18.05., Fachtag:
**„ÄLTERE ZUWANDERINNEN UND
 ZUWANDERER MISCHEN SICH EIN...
 WIR HÖREN ZU...“**

Die Vielfalt der Bevölkerung Berlins lässt sich in den Stadtteilzentren und Nachbarschaftshäusern als der Ort des Miteinanders im Gemeinwesen widerspiegeln. Hier können sich Jung und Alt, Einheimische und Zuwanderer/innen mit ihren Ideen einbringen und somit bei der Gestaltung der Angebote nach ihren Interessen und Bedürfnissen mitwirken.

Ältere einheimische Stadtteilbewohner/innen bringen sich aktiv in die Arbeit der Stadtteilzentren und Nachbarschaftshäuser ein, ältere zugewanderte Menschen weniger trotz ihrer großen Erfahrung und Ressourcen der Nachbarschaftshilfe, die sie in ihrem Alltag leisten. Mit Blick auf dieses Engagement wollen wir bei dem Fachtag den älteren zugewanderten Menschen zuhören, wenn sie ihre Ideen vorstellen und unter welchen Voraussetzungen sie sich aktiv in den Stadtteilzentren und Nachbarschaftshäusern beteiligen.

Weitere Informationen, Programm und Anmeldung im Internet unter: http://www.kom-zen.de/index.php?option=com_content&view=article&id=14&Itemid=3

Tagungsort:
 Nachbarschaftshaus Urbanstraße
 Urbanstraße 21
 10961 Berlin

Internet: <http://www.nachbarschaftshaus.de/>

Kontakt

Für die Veranstaltungen am 11. und 18.05.:

Kompetenz-Zentrum
 Interkulturelle Öffnung der Altenhilfe
 Simplonstraße 27
 10245 Berlin

Tel: (030) 319 891 632
 Fax:(030) 319 891 640

E-Mail: baskaya@kom-zen.de
 Internet: <http://www.kom-zen.de>

19.05., Workshop:
**"AHLAN WA SAHLAN?
 HERZLICH WILLKOMMEN?
 Arabische Migranten in Deutschland und ihre gesellschaftliche Integration"**

Anmeldung bis **17.05.2011**

Termin: 19.05.2011 von 11:00 Uhr bis 15:00 Uhr

Veranstalter:
 DGB Bildungswerk Bund, Geschäftsbereich Migration & Qualifizierung

Veranstaltungsort:
 DGB Bundesvorstand Berlin
 Henriette Herz Platz 2
 10178 Berlin

Die Zuwanderung arabischer Migrantinnen und Migranten nach Deutschland geht zurück bis ins 18. Jahrhundert. Die Gründe der Zuwanderung reichen von der Arbeitsmigration im Rahmen der Anwerbeabkommen mit Tunesien und Marokko in den Jahren 1960er Jahren bis hin zu politischer Verfolgung in den Heimatländern. So unterschiedlich sich die Migrationsgründe ausmachen, so heterogen ist die arabische Migrationsgruppe. Sie lässt sich nicht unter einem gemeinsamen Merkmal wie Staatszugehörigkeit oder Religion zusammenfassen. Dennoch kommt es immer wieder zu undifferenzierten Vorurteilen und Stereotypisierungen.

Ziel des Workshops ist es, die aktuelle Situation von Menschen mit arabischen Migrationshintergrund zu beleuchten und Hindernisse sowie Chancen der gesellschaftlichen Integration zu diskutieren. Es soll Raum für einen gemeinsamen und differenzierten Austausch geschaffen werden und bestehenden Stereotypen entgegen gewirkt werden.

Am Beginn des Workshops steht ein Impulsreferat zu den Themen:

- Demografische Daten zu arabischen Migrantinnen und Migranten in Deutschland
- Integration von arabischen Migrantinnen und Migranten

Für das Impulsreferat konnten wir Haroun Sweis gewinnen. Haroun Sweis ist Palästinenser aus Jordanien, lebt seit über 20 Jahren in Berlin. Er ist Redakteur und Moderator für die regelmäßigen arabischen Sendungen im WDR- Funkhaus Europa, „Streetworker“ im Verband für sozial-kulturelle Arbeit in Berlin, „Projekt Orientexpress“

Es werden keine Teilnahmegebühren erhoben.

Anmeldung

Anmeldeschluss: 17.05.2011

Weitere Informationen unter: http://www.migration-online.de/beitrag_aWQ9NzY3OQ_.html

Kontakt

Ihr Ansprechpartner beim DGB Bildungswerk Bund:
Friederike Kämper

Tel.: (0211) 4301-141

Fax: (0211) 4301-137

E-Mail: migration@dgb-bildungswerk.de

Internet: <http://www.migration-online.de>

24.05, Forum:

FRIEDENSGUTACHTEN 2011

Aufbruch in der arabischen Welt - und Europa?

24.05.2011

18:00 Uhr bis 21:00 Uhr

Französische Friedrichstadtkirche

Gendarmenmarkt 5

Das 25. Friedensgutachten erscheint 2011 und befasst sich mit der Rolle Europas in der Welt. Warum ist Europa so sehr in der Sorge um seinen Status quo mit sich selbst beschäftigt? Warum verfällt die Alte Welt immer wieder in den Modus der Abschottung? Warum werden Entwicklungen wie die des „Arabischen Aufbruchs“ so spät wahrgenommen? Was müsste sich ändern, was müssten wir jetzt und zukünftig tun? Diese Fragen richten sich nicht nur an die Verantwortlichen in Brüssel und Straßburg, sondern auch an Regierung und Opposition in Berlin.

Das Friedensgutachten 2011 erscheint mitten in einer kontroversen Diskussion über den völkerrechtlich abgesicherten Einsatz in Libyen. Was heißt Schutz für die Bevölkerung und wer kann sagen, wie es nach einem Ende des Krieges weitergehen soll? Diese Diskussionen sollen in der Vielfalt der Positionen mit Vertretern aus der Region geführt werden.

Programm und weitere Informationen im Internet unter http://www.eaberlin.de/programm_detail.php?vstg_id=9716&archiv=0

Anmeldung via Internet unter:

http://www.eaberlin.de/anmelden.php?vstg_id=9716

Die Teilnahme ist kostenfrei.

Kontakt

Evangelische Akademie zu Berlin

Hannah Kickel-Andrae

Charlottenstraße 53/54

10117 Berlin

Tel.: (030) 203 55 - 506

Fax: (030) 203 55 - 550

E-Mail: andrae@eaberlin.de

Internet: <http://www.eaberlin.de>

Ab 25.05., (auf Spanisch):

EINLADUNG ZUM WORKSHOP
„Die Erfahrung als Migrantinnen
und unsere häufigsten Erziehungsfragen“

Anmeldung bis: **09.05.2011**

Mit diesem Workshop möchten wir einen Raum bieten für die Reflexion der prägenden Erfahrungen als Frauen und Mütter mit Migrationshintergrund. Darüber hinaus möchten wir Erziehungsfragen und –themen sowie Ressourcen zur Überwindung der Alltagsschwierigkeiten in einem interkulturellen Kontext behandeln.

Dieser Workshop richtet sich an in Berlin lebende Migrantinnen aus spanischsprachigen Herkunftsländern (max. 10 Teilnehmerinnen).

Moderation: Catrin Ramírez Minkert, Psychologin und Psychotherapeutin. Interkulturelle Beraterin an der Europaschule Hausburgschule und Familienhelferin im Auftrag der Jugendämter.

Umfang: 3 Treffen á 3 Stunden, insgesamt 9 Stunden.
 Die Treffen finden jeweils mittwochs am 25. Mai und am 1. und am 8. Juni 2011 statt.
 Zeit: 10 bis 13:00 Uhr

Ort: Einhorn gGmbH
 Fredersdorfer Straße 10
 10243 Berlin- Friedrichshain
 (10 min. Fußweg vom U-5 Weberwiese).

Kosten: für die Teilnehmerinnen frei.

Kontakt

Anmeldung:
 Anmeldung erfolgt per E-Mail bis Montag, den 09. Mai.

E-Mail: catrin.ramirez@deineinhorn.de
 Für weitere Fragen: Tel: (0163)- 33 02 7 10

Internet: <http://www.deineinhorn.de>

Bis 07.07., TU-Berlin:

RINGVORLESUNG ENTWICKLUNGSPOLITIK
 Bildung, Wissen und Entwicklung

Donnerstags von 18:15 Uhr bis 19:45 Uhr

Hauptgebäude der TU Berlin, Hörsaal H 1028
 Straße des 17. Juni 135
 10623 Berlin

In der 20. Folge der Ringvorlesung Entwicklungspolitik wird der Schwerpunkt auf Bildung, Wissen und Entwicklung gelegt. Neben überblicksartigen Darstellungen

zur Rolle von Bildung und Wissen in Entwicklungs- und Schwellenländern, werden unterschiedliche Ansätze zur Bewältigung des Bildungsproblems in jenen Ländern vorgestellt.

Programm: http://www.sid-berlin.de/files/Programm_Ringvorlesung%20Entwicklungs politik%20SS%202011_0.pdf

Internet: <http://www.sid-berlin.de/ringvorlesung>

27.-28.06., Konferenz:

„FREIWILLIGE FÜR DEN NATURSCHUTZ – generationenübergreifend und interkulturell unverzichtbar“

Anmeldung bis: **30.05.2011**

Die Veranstaltung ist eines von acht ausgewählten „Leuchtturm-Projekten“ des Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und der EU-Kommission zur Umsetzung des Europäischen Jahrs der Freiwilligentätigkeit (EJF) in Deutschland. Die Ziele des EJF sind bessere Rahmenbedingungen für Freiwillige und mehr Anerkennung und Information der Öffentlichkeit über die Bedeutung der Freiwilligenarbeit. Gleichzeitig sollen staatliche Stellen und Verbände der verschiedenen EU-Mitgliedsstaaten voneinander lernen. In Deutschland geht es vor allem darum, Menschen mit Migrationshintergrund, Ältere, Jugendliche und Frauen stärker für ein ehrenamtliches Engagement zu gewinnen.

Auch Bundesumweltminister Norbert Röttgen und der Ministerpräsident des Landes Brandenburg, Matthias Platzeck, werden an der Impulskonferenz teilnehmen.

Weitere Informationen und Details wie Anmeldung, Programm, Flyer sowie eine ständige Aktualisierung finden Sie unter: <http://www.dnr.de/aktuell/impulskonferenz--freiwillige-fuer-den-naturschutz.html>.

Kontakt

DNR Geschäftsstelle Berlin,
 Sina Lengelsen, Ines Jentsch
 Marienstraße 19-20
 10117 Berlin

Tel.: (030) 678 1775-87
 Fax.: (030) 678 1775-80

E-Mail: Sina.Lengelsen@dnr.de
 und Ines.Jentsch@dnr.de
 Internet: <http://www.dnr.de>

Qualifizierungen

FrauenComputerZentrumBerlin e.V. AKTUELLE FORTBILDUNGEN IM (FCZB)

- **Auslandspraktikum für arbeitslose Akademikerinnen**
- **Fortbildung „Präsentieren Sie sich im Web mit WordPress“**

Auslandspraktikum für arbeitslose Akademikerinnen

Unter dem Motto "Internationale Arbeitserfahrung öffnet berufliche Horizonte" können erwerbslose, berufsunerfahrene Akademikerinnen (bis 35 Jahre) an einem ESF-finanzierten, mehrmonatigen Auslandspraktikum in Österreich, Spanien, Griechenland oder Großbritannien teilnehmen. Das FrauenComputerZentrumBerlin bietet diese Auslandspraktika mit passgenauer Vor- und Nachbereitung und Praktikumsbegleitung an. Die mehrwöchige Vor- und Nachbereitung beinhaltet neben einer individuellen Kompetenzbilanzierung und einem laufbahnorientierten Entwicklungscoachings auch ein Training zur Stärkung des interkulturellen Arbeitsvermögens sowie Know-how-Erwerb zur Nutzung und Anwendung moderner Web2.0-Tools und E-Portfolios zur Dokumentation und Präsentation des individuellen Kompetenzprofils.

Resümee von Frau Constanze Schwärzer, einer ehemaligen IdA-Teilnehmerin:

"Ich habe an dem 2. Durchgang des IdA-Programms "Transnational Empowerment" teilgenommen und in diesem Rahmen vom 27. September bis zum 17. Dezember 2010 ein Auslandspraktikum in Barcelona gemacht.



In diesen 3 Monaten habe ich einige der schönsten Erfahrungen meines beruflichen und persönlichen Lebens machen dürfen. Ich konnte meine Kompetenzen in einem fremden und professionellen Kontext anwenden und vertiefen und habe erlebt, wie diese geschätzt wurden. Ich kann meine Sprach- und IT-Kenntnisse nun besser belegen und nicht zuletzt haben sich mein Blick auf den deutschen Arbeitsmarkt und meine Strategien zur Stellensuche erweitert. Ich wünsche jeder und jedem, einmal eine solche Chance zu bekommen."

Start: 25.05. 2011

Ort: FrauenComputerZentrumBerlin e.V.(FCZB)
Cuvrystraße1
10997 Berlin-Kreuzberg

Kontakt: Renate Wolf,
Tel.: (030) 617970-16, E-Mail: ida@fczb.de

Infotermine: 27.04.2011 14:00-16:00 / 04.05.2011 10:00-12:00

Mehr Infos:

[http://www.fczb.de/60.html?&no_cache=1&tx_seminars_pi1\[showUid\]=346](http://www.fczb.de/60.html?&no_cache=1&tx_seminars_pi1[showUid]=346)

Fortbildung „Präsentieren Sie sich im Web mit WordPress“

Erstellen Sie mit dem kostenlosen Web-Redaktionssystem WordPress eine Website oder einen Blog nach Maß. Für die Erstellung benötigen Sie keine HTML-Kenntnisse, haben aber trotzdem einen großen gestalterischen Freiraum. WordPress bietet viele Designvorlagen (Templates) und eine große Funktionsauswahl (Plugins), die Ihnen die Erstellung einer individuellen Webpräsenz ermöglichen.

Die eigene Website wird dann step by step umgesetzt. Der Workshop kombiniert Präsenztermine und Online-Lernphasen mit Begleitung durch die Trainerin. Der wöchentliche Zeitumfang umfasst ca. 10 Stunden.

Beginn: 23.05.2011 (Dauer: 4 Wochen)

Kosten: Teilnahme mit Bildungsgutschein oder als Selbstzahlerin (290,00 € / erm. 174,00 €)

Ort: FrauenComputerZentrumBerlin e.V. (FCZB), Cuvrystraße 1, 10997 Berlin

Kontakt: Renate Wolf, Tel.: (030) 617 970-16, E-Mail: slz@fczb.de

Mehr Infos:

http://www.fczb.de/60.html?&no_cache=1&tx_seminars_pi1%5bshowUid%5d=486

CHANCE BJS gGmbH

QUALIFIZIERUNGSMÄßNAHMEN

Kurse für TeilnehmerInnen in Arbeitsgelegenheiten

In Kürze starten wir folgende berufliche Qualifizierungsmaßnahmen, in denen noch Plätze für interessierte TeilnehmerInnen frei sind!

Kurse für TeilnehmerInnen in Arbeitsgelegenheiten (MAE/Entgelt):

- **Theater-, Spiel- und Sportpädagogik** (berufliche Weiterbildung), JugendleiterIn
Start und Dauer: **2.05. – 29.06.2011**
- DienstleisterIn **Tourismus** mit Schwerpunkt **Gästeführung** inkl. Englisch für den Beruf
Start und Dauer: **9.05. – 6.07.2011**

Kursbegleitend wird ein umfassendes Bewerbungstraining und individuelles Coaching angeboten. Ausführlichere Informationen zu den Kursinhalten entnehmen Sie bitte den Informationen unter <http://www.chance-berlin.com/>.

Anmeldung & Information: **80 20 34 20**

Kursort:
 Berlin-Kreuzberg
 CHANCE BJS gGmbH
 Tempelhofer Ufer 17
 10963 Berlin

Kontakt

CHANCE
 Bildung, Jugend und Sport BJS gGmbH
 Katrin Buschmann
 Leiterin Bildungsbereich
 Tempelhofer Ufer 17
 10963 Berlin

Tel.: (030) 21 00 51 35
 Fax: (030) 35 30 49 59

E-Mail: k.buschmann@chance-berlin.com
 Internet: <http://www.chance-berlin.com>

Kurdistan Kultur- und Hilfsverein e. V.
**PROJEKT BERUFSORIENTIERUNG
 FÜR FLÜCHTLINGSFRAUEN - PBF**
Neuer Kurs startet am 29.08.2011

Das Projekt Berufsorientierung für Flüchtlingsfrauen (PBF) startet am 29.08.2011 einen neuen Kurs. Dieser Kurs wendet sich an Flüchtlingsfrauen und Asylbewerberinnen aller Nationalitäten.

Die Dauer des Kurses beträgt 10 Monate und die ca. 30 Unterrichtsstunden pro Woche teilen sich auf in:

- intensiven Deutschunterricht
- die Vermittlung von allgemeinbildenden Kenntnissen (Sozialkunde, Geschichte und Mathematik)
- die Vermittlung von theoretischen und praktischen Kenntnissen in den Berufsbereichen Gesundheit, Medizin, Pflege und Bürokommunikation.
- die Darstellung verschiedener Berufe und deren Ausbildungs- und Arbeitsinhalte sowie ein Bewerbungstraining.

Den Abschluss der Maßnahme bildet ein dreiwöchiges Praktikum in einem von den Frauen selbstgewählten Berufsfeld.

Unterrichtsbegleitend finden die Frauen ein breitgefächertes Angebot an sozialpädagogischer Beratung und Betreuung sowie eine regelmäßige Rechtsberatung. Für Babys steht eine Betreuung zur Verfügung.

Voraussetzung für die Teilnahme sind Grundkenntnisse der deutschen Sprache.

Die Teilnahme ist kostenlos.

Anmeldungen werden ab sofort in unserem Büro entgegengenommen. Für Terminabsprachen sind wir Mo-Fr in der Zeit von 09:00 Uhr bis 15:30 Uhr unter Tel. 56821877 erreichbar.

Kontakt

Projekt Berufsorientierung für Flüchtlingsfrauen (PBF) im Kurdistan Kultur- und Hilfsverein e.V.
 Schönstedtstraße 7
 12043 Berlin

Tel.: (030) 568 21 877
 Fax: (030) 568 21 955

E-Mail: projektbf@kkh-ev.de
 Internet: <http://www.kkh-ev.de>

zfm

QUALIFIZIERUNGSKURSE

Das zfm bietet folgende Kurse an:

Berufliche Orientierung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund in Berlin Mitte
 (Krankenpflege, Altenpflege, kaufmännischer Bereich)
 Kursdauer: 15. August bis 16. Dezember 2011

Ausbildungsvorbereitung und Vermittlung in die Ausbildungsberufe

- Gebäudereiniger/in (3-jährige Ausbildung)
- Verkäufer/in (2-jährige Ausbildung)
- Kaufmann/-frau im Einzelhandel (3-jährige Ausbildung)
- Kaufmann/-frau für Bürokommunikation (3-jährige Ausbildung)
-

Beginn: 12. September 2011

Kooperierende Unternehmen:

Hornbach AG, Unternehmensgruppe Gegenbauer und die Berliner Stadtreinigung (BSR)

Ausbildungsbeginn: 1. September 2012

Qualifizierung zum/r Pflegeassistenten/in und Ausbildungsvorbereitung*

(*Gesundheits- und Krankenpfleger/in, Altenpfleger/in, Gesundheits- und Kinderkrankenpfleger/in, Operationstechnische/r Assistent/in, Sozialassistent/in Pflege)

Beginn: ab 29. August 2011

Kursdauer: 6 Monate

Die Teilnahme am Kurs ist kostenlos.

Der Kurs richtet sich insbesondere an junge Migrant/innen mit Schulabschlüssen.

Weitere Informationen unter

<http://www.migrationsdienste.org/projekte/migranten.html>

Anmeldung
Marek Ikawy
Raum 353
Donnerstag von 9:00 bis 15:00 Uhr
Tel.: (030) 30 39 06 -56
E-Mail: m.ikawy@migrationsdienste.org

Kontakt

Zentrum für Flüchtlingshilfen und Migrationsdienste
(zfm)
im Zentrum ÜBERLEBEN
GSZM Haus K, Eingang D, 3. Etage
Turmstraße 21
10559 Berlin

Tel.: (030) 30 39 06 -52/-53
Fax: (030) 30 61 43 71

E-Mail: info@migrationsdienste.org
Internet: <http://www.migrationsdienste.org>

ISI e.V.:

„EXISTENZGRÜNDUNG FÜR IMMIGRANTINNEN IN DREI MONATEN“

Die Initiative Selbständiger Immigrantinnen (ISI e.V.) bietet seit 20 Jahren mit großem Erfolg eine umfassende migrantenspezifische Qualifizierung zur Existenzgründung für Immigrantinnen (efi) an. Zu dem bisherigen „efi 1“, das über ein Jahr läuft, bieten wir nun auch die kompakte Version „efi 2“ an. efi 2 umfasst drei Monate und kommt dem wachsenden Bedarf vieler Migrantinnen nach einer verkürzten Qualifizierung entgegen.

Unser Ziel

Efi 2 will die Teilnehmerinnen bedarfsorientiert auf ihre Selbstständigkeit vorbereiten bzw. sie in ihrer Existenzgründung effektiv unterstützen.

Zielgruppe

Eine wachsende Zahl von Migrantinnen hat kaufmännische Vorerfahrungen oder schon erarbeitete Konzepte für die Existenzgründung, benötigt jedoch noch wichtige Informationen und Kenntnisse auf dem Weg zum Erfolg.

efi 2 wendet sich in erster Linie an Migrantinnen, die ALG 1 oder ALG 2 bekommen. Nach Absprache können auch Frauen aufgenommen werden, die nicht zu dieser Gruppe zählen.

Inhalte

Zu den zentralen Themen gehören betriebswirtschaftliche Inhalte, der Geschäftsplan, Rechts- und EDV-Kenntnisse sowie mögliche Strategien ihres Marketings. Innerhalb einer überschaubaren Zeit erhalten Sie

einen kompakten Überblick über notwendige und hilfreiche Schritte für Ihren Start.

Das nächste dreimonatige efi 2 beginnt am 15. April 2011 und endet am 15. Juli 2011. Es wird ganztägig angeboten, montags bis freitags zwischen 9:00 Uhr und 15:30 Uhr. Die Teilnehmerinnen haben die Möglichkeit bei Bedarf in Kleingruppen an einem unterstützenden Deutschkurs vom 15.08.2011 bis zum 20.08.2011 teilzunehmen.

ISI e.V. bietet das einjährige efi 1 weiterhin parallel an.

Anmeldungen sind noch möglich!! Kein Bildungsgutschein erforderlich!

Kontakt

ISI e.V.
Max-Taut-Haus
Segitzdamm 2
10969 Berlin

Tel.: (030) 6113336

E-Mail: info@isi-ev.de
Internet: <http://www.isi-ev.de>

Aus Projekten und Vereinen

MRBB e.V.:

DVD ZUM PROJEKT „GUT ANGEKOMMEN“

Die filmische Dokumentation entstand im Rahmen des Projektes des Migrationsrates Berlin Brandenburg e.V. (MRBB) „gut angekommen“ zur Beratung und Begleitung von Jugendlichen of Color am Übergang Schule Beruf.

Das Projekt begann im Jahre 2008 unter den Namen „gut vermittelt“. Schwerpunkt war die Beratung und Betreuung von jungen Schulabbrecher_innen of Color. Die Realität der Jugendlichen ist gekennzeichnet durch mehrfache persönliche und strukturelle Diskriminierungen, die ihren Alltag zu einer Maßnahmenkarriere machen. Daher sollte das neue, an „gut vermittelt“ anschließende Projekt „gut angekommen“ die Jugendlichen weiter begleiten und das Netzwerk in Form von Interventionen in Arbeitsgruppen zur Reflektion von Beratungspraxen in der Einwanderungsgesellschaft unterstützen. Dabei kristallisierten sich in den Arbeitsgruppen zwei Hauptthemen heraus: Empowerment und Sensibilisierung bzw. Diversity Management. Sie stellen die erarbeiteten Qualitätsindikatoren zur Durchführung von Beratungen am Übergang Schule Beruf dar.

Die Interventionen erfolgten in einem Kooperationsnetzwerk, an dem sich die Initiative Grenzenlos, FIPP e.V. und respa maßgeblich beteiligten.

Um den Jugendlichen und ihrem Alltag eine kraftvolle Stimme zu geben, wurde ein Theaterstück unter Anleitung der Initiative Grenzenlos für die Abschlussveranstaltung im Frühjahr 2011 inszeniert. Das Theaterstück vermittelt auf eindrucksvolle Weise die Erfahrung der Jugendlichen, die im Projekt betreut und begleitet wurden.

Die DVD „gut angekommen“ ist kostenlos beim Migrationsrat Berlin & Brandenburg e.V. erhältlich und eignet sich auf Grund der Impulse, die sie leistet, und der Themen, die sie vor allem aus Sicht der betroffenen Jugendlichen zur Sprache bringt, zum Einsetzen im Schul- & Bildungsbereich allgemein, sowie bei Gruppenarbeiten zur Erläuterung von Diskriminierung und Ausgrenzung im Schul- und Arbeitssektor.

Wenn Sie fragen zu

- Ressourcenorientierter Jugendarbeit im Schul-, Ausbildungs- und Praktikumsbereich,
- Empowerment von Jugendlichen,
- Schul-, Praktikums- & Ausbildungsbegleitung,
- Selbstermächtigungsstrategien für Jugendliche,
- Diskriminierung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund im Schul- & Ausbildungssektor,
- Oder unserem Projekt allgemein

haben, unterstützen wir Sie sehr gern persönlich bei der Durchführung von Workshops mit Hilfe unseres Materials und unseren Kenntnissen.

Bitte kontaktieren Sie uns hierzu unter unten genannter Adresse.

Wir freuen uns sehr über jedes Interesse an unserem Projekt.

Die beiden Projekte wurden durch die Robert Bosch Stiftung gefördert. Diese DVD ist nur für nicht kommerzielle Zwecke. Öffentliche Ausführungen und Ausstrahlungen sind nach Absprache möglich. Alle Rechte vorbehalten.

Kontakt

Migrationsrat Berlin Brandenburg e.V.
Elena Brandalise
Oranienstraße 34
10999 Berlin

Tel.: (030) 61658755

Fax: (030) 61658756

E-Mail: info@mrbb.de

Internet: <http://www.mrbb.de>

Babel e.V.:

PROGRAMM MAI 2011

Aus dem Veranstaltungsangebot im Mai 2011

Öffentliche Veranstaltungen

Kid's Club – der interkulturelle Spielespaß am Nachmittag

Spaß, Spiele, Basteln, Kochen, kreatives Gestalten, Line Dance und viele Überraschungen für Kinder mit und ohne Migrationshintergrund

Montag bis Donnerstag von 14.00 - 18.00 Uhr

Medienwerkstatt für Kids

Kinder und Jugendliche erlernen den Umgang mit den neuen Medien und bauen vorhandene Kenntnisse aus

Jeden Montag ab 14.00 Uhr

Interkultureller Jugendbeirat im Haus Babylon

Austausch, Gespräche und Diskussionen zu verschiedenen Aspekten des Zusammenlebens in der multikulturellen Gesellschaft

Jeden Dienstag von 17.00 Uhr - 20.00 Uhr

Begegnung der Kulturen - Interkultureller Brunch

Informationen, Gespräche, Austausch und gegenseitiges Kennenlernen von Menschen unterschiedlicher Kulturen in gemütlicher Atmosphäre zu unterschiedlichen Themen und Ländern

Jeden Donnerstag von 10.00 Uhr - 12.00 Uhr

Begegnung der Kulturen - Interkultureller Jugendtreff

Salotreff - Freizeittreff für Jugendliche unterschiedlicher Kulturen und Herkunft (ab 18 Jahre)

Jugendliche unterschiedlicher ethnischer und religiöser Herkunft verbringen gemeinsam ihre Freizeit

Immer freitags von 20.00 Uhr - 02.00 Uhr

SelbstAnsichten - Ogonjok

Menschen mit und ohne Migrationshintergrund treffen sich in gemütlicher Atmosphäre mit Spätaussiedlern zu einem geselligen Nachmittag.

Am Freitag, den 27.05.2011, ab 15.00 Uhr

Veranstaltungen mit Voranmeldung

Projektwochen mit Schulen: **Mai 2011**

Leseratten: Mit Kindern quer durch Indien

Mit Spannung, Spiel und viel Spaß wird die Lust auf Bücher, die Freude am Buch, sowie das Interesse an anderen Kulturen geweckt.

Montags bis freitags, Termine auf Anfrage

Projektstage und Workshops

Projektstage zu verschiedenen Ländern und Workshops zu Alltagsrassismus und Diskriminierung, Workshops zum Thema „Gewaltfreie Problemlösungsstrategien in der multikulturellen Gesellschaft“

Montag bis Freitag, Termine auf Anfrage

Kurse und Arbeitskreise

(Um Voranmeldung wird gebeten)

Deutschförderkurs für Schüler mit Migrationshintergrund

Schriftliche und mündliche Übungen zur Verbesserung der Kommunikationsfähigkeit in der deutschen Sprache speziell für Schüler mit Migrationshintergrund

Montag und Donnerstag von 14.45 Uhr - 16.00 Uhr

Deutschförderkurs für Anfänger

Hilfe bei der Entwicklung der Sprachkompetenz in der deutschen Sprache im mündlichen und schriftlichen Bereich

Dienstag bis Donnerstag von 9.00 Uhr - 12.00 Uhr

Deutschförderkurs für Fortgeschrittene

Hilfe bei der Entwicklung der Sprachkompetenz in der deutschen Sprache für Teilnehmer mit Vorkenntnissen

Montag - Donnerstag von 9.00 Uhr - 12.00 Uhr in der Zweigstelle Hellersdorfer Promenade 20

Kinder erlernen und verbessern ihre kreativen Fähigkeiten

Jeden Donnerstag von 14.00 Uhr - 17.00 Uhr

nata'allam al-'Arabiyya – Arabsich-Kurs

Arabisch-Kurs für Kinder, Jugendliche und Erwachsene

Montag und Dienstag von 15.30 Uhr – 17.00 Uhr

Weltkinder – Kinderwelten

Mit den Mikroprojekten „Logik-Training für Kinder“, Schach, Dame, Mühle und Halma für kleine Anfänger, Kreatives Gestalten von Stoffen“, Kinder gestalten unter fachlicher Anleitung selbst Stoffe, „Kids kochen sich durch die Welt“, Kinder kochen, backen und probieren Gerichte aus aller Welt

Montag – Donnerstag ab 15.00 Uhr

Solnyschko - Sonnenscheinchen

Russisch für Kinder. Kinder lernen spielerisch Russisch

Montag bis Donnerstag 16.00 - 17.30

Auskünfte und Beratungen

Niedrigschwellige Beratungs-, Betreuungs-, und Begleitangebote

Beratung & Begleitung

Mo – Fr 9.00 – 14.00 Di & Do 14.00 – 18.00

Migrationssozialberatung

Jeden Dienstag und Donnerstag

Um Voranmeldung wird gebeten

Elternberatung für Eltern mit Migrationshintergrund

Hilfe bei der Stärkung der Erziehungskompetenz für Eltern mit Migrationshintergrund

Termine nach vorheriger Absprache

(Änderungen vorbehalten)

Ausführliches Angebot unter:

<http://www.haus-babylon.de>

Kontakt

BABEL e.V.

Klausdorfer Straße 8

12629 Berlin-Hellersdorf

Tel.: (030) 99 858 91

Fax: (030) 99 893 20

E-Mail: babel-berlin@t-online.de

Internet: <http://www.haus-babylon.de>

Verantwortlich: Dr. Mekonnen Shiferaw

DAS BAYOUMA-HAUS IST UMGEZOGEN

Seit Anfang April 2011 ist die Einrichtung der Arbeiterwohlfahrt Friedrichshain-Kreuzberg zu finden in der

Frankfurter Allee 110

(gegenüber Ringcenter)

10247 Berlin (Friedrichshain)

BAYOUMA-HAUS

der Arbeiterwohlfahrt Friedrichshain-Kreuzberg e.V.

Interkulturelle Begegnungsstätte

in Friedrichshain – Kreuzberg

Frankfurter Allee 110

10247 Berlin

Tel.: 29 04 91 36 – Fax: 29 04 91 29

E-Mail:

bayouma-haus@awo-friedrichshain-kreuzberg.de

PROGRAMM MAI 2011**Beratungsangebote für Hilfesuchende aus Friedrichshain-Kreuzberg:**

Außerhalb der Sprechzeiten
muss ein Termin vereinbart werden!

Sozialberatung

Frau Angela Prodan

Tel.: 29 35 08 35

Di. 13:00 – 16:00, Do. 09:00 – 14:00

Herr Gilberto Oliva Tablada

Tel.: 29 04 66 12

Mo. 09:00 – 14:00, Mi. 13:00 – 16:00

Gesundheitsberatung

Frau Natascha Garay

Tel.: 29 04 91 36

Di. 13:00 – 16:00, Do. 09:00 – 14:00

Sozialberatung für Frauen

Frau Belinda Apicella

Tel.: 29 04 66 11

Mi. 11:00- 16:00, Do. 09:00 – 14:00

Bei uns gegen einen Kostenbeitrag erhältlich:

- Broschüre „Berliner Arztpraxen mit Fremdsprachenkompetenz“
- sowie zwei Kochbücher: „Das Bayouma-Haus Kochbuch“ und „Nachbarn kochen im Bayouma-Haus“ mit Rezepten aus vielen Ländern.
- und die CD: „Der Garten der Hoffnung“, Kantate zum Thema Migration, komponiert von Cirilo Adiazola

Wir haben für Sie

**Mo, Di, Do und Fr von 09:00 – 16:00 Uhr
sowie Mi von 11:00 – 16:00 Uhr geöffnet und nach Vereinbarung.**

Ständige Angebote

Mo. 13:30 – 15:00 Uhr:

Englischkurs für Seniorinnen mit Grundkenntnissen – kostenfrei

Der Kurs ist voll!!

Mo. 17:00 – 19:00 Uhr:

Tangokurs – kostenfrei

Di. 10:00 – 16:00 Uhr:

**Näh- und Schneiderkurs –
Kostenbeitrag 1,- € pro Termin**

Di. sowie Do. 16:30 – 18:00 Uhr:

Tanz-Workout mit Salsa, Cumbia, Huayno, Afro- u. Oriental Musik Kostenbeitrag 10,- € pro Kurs mtl.

Do. 10:00 – 14:00 Uhr:

Klassische Massage und Schröpfen mit unserer Heilpraktikerin. Termine bitte telefonisch bei Frau Mönch unter (0173) 878 37 51 vereinbaren.

Nur für Frauen! – Kostenbeitrag 5,- €

Do. 14:00 – 15:30 Uhr:

Fahrradkurs für Anfänger und Fortgeschrittene in Friedrichshain in Kooperation mit der Berliner Polizei und dem Bildungs- und Beschäftigungsträger BUF – Interessenten möchten sich bitte im Bayouma-Haus anmelden – kostenfrei

So. 11:00 – 15:00 Uhr:

Vietnamesischunterricht für Kinder

Weiteres Programm und Informationen unter:

<http://www.bayouma-haus.de>

<http://www.awo-fk.de>

<http://www.bayouma-gesundheit.de>

Wir beraten in folgenden Sprachen: Deutsch, Englisch, Französisch, Italienisch, Spanisch und Rumänisch

Aus Sicherheitsgründen dürfen zu den Erwachsenenkursen keine Kinder mitgebracht werden!

ARiC e.V.:

**VERLEIHUNG
DES INTERDIALOGPREISES 2010/11**

Die Entscheidung ist getroffen: zum fünften Mal tagte eine unabhängige Jury mit Vertreter/innen aus Wirtschaft, Politik, Sport, Journalismus und Jugend, um die Preisträger/innen für den InterDialogPreis auszuwählen.

Der InterDialogPreis, als gemeinsame Initiative des Antirassistisch-Interkulturellen Informationszentrums ARiC Berlin e.V. und eines Trägerkreises von unterschiedlichen Organisationen und Institutionen, zeichnet Menschen für ihr außergewöhnliches und vorbildliches interkulturelles Engagement in Berlin aus.

In der Kategorie Jugendliche/r ging der Preis in diesem Jahr an die 20-jährige Isabelle Ghesquier. Isabelle engagiert sich auf vielfältige Weise für das interkulturelle Zusammenleben von Jugendlichen in Berlin. Als Jugendjournalistin beim Magazin welcomX und als Jugendmoderatorin im comX-Radio beschäftigt sie sich mit der gegenseitigen Wertschätzung und dem wechselseitigen Verständnis von Jugendlichen mit unterschiedlichen kulturellen und religiösen Hintergründen. Dies fördert sie auch durch ihre Mitwirkung bei Interna-

tionalen Begegnungen und öffentlichen Veranstaltungen. Laudatorin für Isabelle war die Radiomoderatorin Nora von Kiss FM.

In der Kategorie Erwachsene/r fiel die Entscheidung auf Herrn Mohammed Nasser. Herr Nasser engagiert sich ehrenamtlich für HUDA – ein Projekt zur Unterstützung von Vätern (mit arabischem Migrations-hintergrund) „schwerstbehinderter“ Kinder. Da er selbst Vater eines Kindes mit Behinderung ist, weiß er, wie wichtig Informationen über Behinderung und das Aufzeigen von Hilfsmöglichkeiten sind. Deshalb ist er daran beteiligt, einen Gesprächskreis für Väter aufzubauen. Er unterstützt Familien darin, positiv mit der Behinderung ihres Kindes umzugehen, Schamgefühlen entgegenzuwirken und die Kinder angemessen zu fördern. Da im Kontext von „Behinderung“ und „arabischer Kultur“ in Berlin bisher kaum gearbeitet wurde, füllt Herr Nasser durch sein Engagement eine Lücke. Laudatorin für Herrn Nasser war Katharina Smaldino, die Bezirksbeauftragte für Menschen mit Behinderung des Bezirksamtes Neukölln.

Weitere Informationen zum InterDialogPreis finden Sie auf unserer Webseite unter http://www.tage-des-interkulturellen-dialogs.de/aktuelles/interdialogpreis_201011/

Kontakt

Jan Fehse und Yvonne Hylla,
E-Mail: aric@aric.de
Tel.: (030) 308 79 90

Koordination:
Antirassistisch-Interkulturelles Informationszentrum
ARiC Berlin e.V.
Chausseestrasse 29
10115 Berlin
Tel. (030) 30 87 99-0
Fax (030) 30 87 99 12

E-Mail: aric@aric.de
Internet: <http://www.aric.de>

Trägerkreis der Tage des interkulturellen Dialogs:
ARiC Berlin e.V., AWO Landesverband Berlin e.V., Berlin 21 e.V., Berliner Plattform Interkulturelle Begegnungen, Kulturprojekte Berlin GmbH, Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, Migrationsrat Berlin-Brandenburg e.V., ReachOut, MBT Ostkreuz der Stiftung SPI Berlin, VIA Verband für Interkulturelle Arbeit Berlin/Brandenburg e.V.

Veranstaltungen

04. bis 08.05.:

XXVI. BLACK INTERNATIONAL CINEMA BERLIN 2011

Rathaus Schöneberg
Kinosaal und Bibliothek
John-F.-Kennedy-Platz
10825 Berlin-Schöneberg

A COMPLEXION CHANGE –
Transnational & Intercultural Diplomacy
“...We Have A Dream and Still We Rise....
a Sense of Destiny....”

Vom 4.-8. Mai 2011 präsentiert Fountainhead® Tanz Theatre unter der Leitung von Prof. Gayle McKinney Griffith und Prof. Donald Muldrow Griffith die 26. Ausgabe des Black International Cinema Berlin. Bereits zum dritten Mal wird die Veranstaltung in Kooperation mit der Integrationsbeauftragten des Bezirks Tempelhof-Schöneberg im Kinosaal und in der Bibliothek des historischen Rathauses Schöneberg durchgeführt.

Black International Cinema Berlin ist eine interkulturelle und interdisziplinäre Veranstaltung, die die Beiträge von internationalen FilmemacherInnen, KünstlerInnen und engagierten Menschen aus unterschiedlichen kulturellen, ethnischen, sozioökonomischen und religiösen Zusammenhängen präsentiert.

Im Zentrum des Festivals stehen Filme aus der afrikanischen Diaspora und Beiträge, die sich mit interkulturellen Themen befassen. Black International Cinema Berlin bietet einen Ort für den geistigen und künstlerischen Austausch und möchte als eine Oase der Inspiration und Information dienen, und dazu beitragen, das Zusammenleben in unserer vielgesichtigen Gesellschaft auf friedliche und respektvolle Weise zu gestalten.

Bis zu 40 Beiträge stehen in diesem Jahr auf dem Programm, darunter Produktionen aus Jamaika, den USA, Frankreich, Mali, Australien, Großbritannien, Liberia, Spanien, Dänemark, Deutschland, Nepal, Irak, Italien, Kolumbien und Burundi.

Die Filme spiegeln Lebenswelten aus einer Vielzahl von Perspektiven wider und bieten Einblicke in Welten, die uns meistens verborgen bleiben. Intime und authentische Blicke auf kulturelle, politische und sozioökonomische Realitäten. Neben Dokumentationen, die sich mit HIV und Sexualität, der Bürgerrechtsbewegung und Reparationsfragen für Afrikanisch-Amerikaner in den USA befassen, sind Beiträge zu sehen, die die afrikanische Migration nach Europa und die Suche nach Menschlichkeit während des Völkermords in Ruanda thematisieren.

Ebenso werden aus der persönlichen Sicht zweier CBS Journalisten die Folgen für die Menschen in Haiti nach dem Erdbeben dokumentiert sowie anhand der Geschichte eines jungen Paares die Situation in New Orleans nach Hurrikan Katrina als Animationsfilm aufgezeichnet.

Weitere Beiträge, darunter sowohl Dokumentationen als auch Spielfilme, handeln von den Herausforderungen afrikanisch-amerikanischer Künstler, einem blinden kolumbianischen Komponisten, von historischen Aspekten des HipHops und einem integrierenden Tanzstück, in dem Tänzer, Schauspieler und physisch eingeschränkte tanzinteressierte Menschen teilnehmen.

Neben dem Filmprogramm wird das Festival von Filmgesprächen, Diskussionen, Performances, Seminaren und musikalischen Darbietungen begleitet.

Der Eintritt zu allen Veranstaltungen ist frei.

Kontakt

Informationen:

Tel.: (030) 782 16 21/75 46 09 46

Fax: (030) 786 34 66

E-Mail: bicdance@aol.com

Internet:

http://www.blackinternationalcinema.de/BIC11/bic_11.htm

Und <http://www.fountainhead-tanz-theatre.de>

5. bis 16. Mai 2011:

BERLINER EUROPAWOCHE

Die Europawoche wird in Erinnerung an die Erklärung des französischen Außenministers Schuman vom 9. Mai 1950, die den Grundstein für die heutige Europäische Union legte, jedes Jahr als gemeinsame Aktion der deutschen Länder, der Bundesregierung, der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments in ganz Deutschland gefeiert.

Unter dem Motto „Europa ist hier!“ stehen 2011 vier Themen im Mittelpunkt:

Das Europa der Regionen

(Polnische EU-Ratspräsidentschaft, Oder- Partnerschaft, Polen-Jahr 2011, 20 Jahre Städtepartnerschaft Berlin-Warschau)

Das Europa der Bürgerinnen und Bürger

(Freiwillig. Etwas bewegen! – Europäisches Jahr der Freiwilligentätigkeit 2011, Partizipation, Europäische Bürgerinitiative)

Das Europa der Projekte

(EU-geförderte Projekte in den Bezirken, Zukunft der Strukturfonds)

Das Europa der Solidarität

(Freizügigkeit, Ausgrenzung, EU2020)

Mit einem abwechslungsreichen Informations- und Veranstaltungsangebot für unterschiedlichste Zielgruppen will die Europawoche möglichst viele Berlinerinnen und Berliner zum Dialog, Austausch und Diskussion über Europa einladen und dazu beitragen, ein europäisches Bewusstsein zu schärfen und den Europagedanken zu fördern.

In keiner anderen Stadt Deutschlands sind so viele Institutionen, Organisationen, Vereine und weitere Akteure ansässig, die sich mit europäischen Themen beschäftigen. Die Europawoche will dieses vielfältige europapolitische Engagement unterstützen und dokumentieren, indem möglichst viele Veranstaltungen durchgeführt und Angebote für interessierte Bürgerinnen und Bürger geschaffen werden.

Gemeinsam wollen wir die Vielseitigkeit und Vielschichtigkeit europapolitischen Engagements präsentieren und die Berlinerinnen und Berliner einladen, Europa zu entdecken. Denn: Europa ist hier! In den Bezirken, in den Kiezen...direkt vor unserer Haustür.

Das Referat für Angelegenheiten der EU in der Berliner Senatskanzlei koordiniert die Berliner Europawoche 2011. Es unterstützt bei der Vermittlung von Referenten und Materialien, gibt Hilfestellung bei der Suche nach Themen und Inhalten und nimmt die Anmeldung von Veranstaltungen und Aktionen im Rahmen der Europawoche entgegen.

Weitere Informationen und unter

<http://www.berlin.de/europawoche>.

Kontakt

Abteilung Bundes- und Europaangelegenheiten der Senatskanzlei Berlin
Referat Angelegenheiten der EU
Christian Keune

Tel.: (030) 9027 2217

Fax.: (030) 9026 2563

E-Mail: Christian.Keune@senatskanzlei.berlin.de

Internet: <http://www.berlin.de/rbmskz/europa/>

07.05., Straßenfest:

3. HERDELEZI ROMA KULTURFESTIVAL IN BERLIN

Zum dritten Mal feiert Amaro Foro e.V. (Berliner Landesverband von Amaro Drom e.V.) das Herdelezi Roma Kulturfestival mit einem großen öffentlichen Straßenfest am 7. Mai 2011 in der Neuköllner Boddinstraße.

In Zusammenarbeit mit dem Roma Aether Klub Theater veranstaltet Amaro Foro e.V. in der Boddinstraße (zwischen Isarstraße und Karl-Marx-Straße) ein interkulturelles Straßenfest zwischen 14 und 21 Uhr für alle Bewohner_innen Neuköllns. Auf einer großen Bühne gibt es Musik, Literatur, Theater und künstlerische Beiträge von jungen und älteren Roma (Gruppen) aus Berlin. Umrahmt wird das Geschehen auf der Bühne von Informationsständen, Ausstellungen, Filmvorführungen und Diskussionen über die Situation von Roma in Berlin und Europa und über Antiziganismus. Darüber hinaus werden die Ergebnisse einer transnationalen 10tägigen Begegnung von Roma und nicht-Roma Jugendleiter_innen aus ganz Europa vorgestellt.

Das Herdelezi Roma Kulturfestival verstehe wir als einen Raum der Begegnung von Roma und nicht-Roma.

Kontakt

Mehr Informationen unter:
<http://www.amaroforo.de/>

Bis 08.05., HKW: Ausstellung:
BLACKBOX ABSCHIEBUNG

Blackbox Abschiebung
Bilder und Geschichten von Leuten, die gern geblieben wären
Ausstellung
19.03. – 08.05.2011
Täglich 10 – 19 Uhr
Eintritt frei

Abschiebung ist Alltag: Etwa 10.000 Menschen müssen jedes Jahr Deutschland verlassen. Wer sind sie und warum dürfen sie nicht bleiben? Die Öffentlichkeit erfährt selten etwas über die Geschichten dieser Menschen. Wird doch über sie berichtet, endet die Berichterstattung fast immer an der Landesgrenze. Was wird aus den Menschen, wenn sie das Land, das für viele längst zur Heimat geworden ist, verlassen müssen?

Das Ausstellungsprojekt Blackbox Abschiebung von Filmemacher Ralf Jesse und Autor Mark Terkessidis dokumentiert die Geschichten von neun Personen, die abgeschoben wurden. Sie sprechen über ihr Leben und nehmen eine Fotokamera mit auf den Weg in die Ab-

schiebung und berichten als Fotografen und Reporter des Projekts über ihr Leben nach der Ausweisung. Sie kommen aus Lagos, Kosovo oder Russland. Nach mehreren Stationen im Rahmen von RUHR.2010 ist die Ausstellung jetzt im Haus der Kulturen der Welt in Berlin zu erleben.

Kontakt

Weitere Informationen:

http://www.hkw.de/de/programm/2011/andere2011/veranstaltungen_53180/veranstaltungsdetail_55302.php

Haus der Kulturen der Welt
John-Foster-Dulles-Allee 10
10557 Berlin

Tel.: (030) 397 87 0
Fax: (030) 394 86 79

E-Mail: info@hkw.de
Internet: <http://www.hkw.de>

16.05.:

INTERNATIONALER TAG GEGEN HOMOPHOBIE IN TREPTOW-KÖPENICK

- Eröffnung der Installation „Durch die Blume – Töne gegen Homophobie und Transphobie“
- Fotoausstellung „Homophobe Gewalt ist kein Spaß“
- Diskussion und Referat zum Thema Homophobie mit Politik und Verwaltung

Vernissage: 16.05.2011, Beginn: 16:00 Uhr, Ende: 19:00 Uhr
Rathaus Treptow, vor dem BVV-Saal, Neue Krugallee 4, 12435 Berlin

Am Vortag des Tages gegen Homophobie veranstaltet die Arbeitsgruppe „AG Queer in Treptow-Köpenick“ in Kooperation mit dem Integrationsbeauftragten Treptow-Köpenick eine Eröffnung einer Ausstellung und einer Installation.

Besichtigung der Ausstellung vom 16.05. – 17.06.2011

Montag bis Freitag von 9:00 Uhr bis 19:00 Uhr
Samstag/Sonntag von 9:00 Uhr bis 17:00 Uhr

- Installation „Durch die Blume“ - Diese Kunstinstallation sagt durch die Blume, dass Homophobie hausgemacht ist. Das Verbot der sexuellen Diskriminierung hat noch immer nicht den Weg in das Grundgesetz gefunden und so berichten hier Lesben, Schwulen und Transmenschen über Pöbeleien, böse Blicke, Beschimpfungen und Angriffe auf offener Straße.

- Vernissage der Ausstellung „Homophobie ist kein Spaß“ in Anwesenheit der Fotomodelle – Eine Ausstellung die direkt und ohne zu Verschönigen zeigt, dass Homophobie noch immer in unserer Gesellschaft auftritt. Die auf den Bildern gezeigten Opfer der homophoben Angriffe und Hassgewalt sollen zeigen, dass Intoleranz, Fremdenhass und Homophobie zu schrecklichen Verletzungen – äußerlich und innerlich führt.

- Jugendliche diskutieren mit Politik und Verwaltung – Mitglieder der Bezirksverordnetenversammlung und des Abgeordnetenhauses diskutieren mit Jugendlichen und anderen Besucher_innen die verschiedenen Themen wie z.B. a) Gewalt gegen Homo-, Bi- und Transsexuelle, b) Toleranz des Anderseins – Vorurteile und Feindseligkeiten gegenüber LGBT c) Homophobie bei Menschen mit Migrationshintergrund

Nähere Informationen unter: <http://www.queer-in-tk.de>.

20.-21.05., WdK:
WELTMUSIK-BÖRSE
CD –DVD – Platten – Instrumente – Kaffee & Kuchen

die Berliner Werkstatt der Kulturen freut sich, die Ausrichtung der ersten Berliner Weltmusik-Börse anzukündigen:

Vom 20. bis 21. Mai 2011 wird der Hof der WdK zum weltmusikalischen Marktplatz. Um das weltmelodische Ambiente temperamentvoll aufzuheizen, möchten wir Sie recht herzlich einladen, als Besucher oder Teilnehmer bei uns vorbei zu schauen.

Der Mai in der Werkstatt der Kulturen – das ist Weltmusik satt: Neben unseren freitäglichen MigrationMusic-Konzertveranstaltungen, in wonnemonatlicher Weltmusikambiance gehalten, findet vom 19. – 21. Mai 2011 und somit zeitgleich zur Weltmusik-Börse der bundesweite Weltmusikwettbewerb creole statt. Um die Promotion und Vernetzung der Weltmusik voran zu treiben, bietet das c.bra creole-Branchentreff eine ideale Plattform für den professionellen Austausch über die Raubkopie hinaus.

Weitere Infos: <http://www.werkstatt-der-kulturen.de/de/spielplan/?datum=2011-05-01&filter=Komplett&detail=269&mode=spielplan>

Kontakt

Werkstatt der Kulturen
 Wissmannstraße 32
 12049 Berlin

Tel. (030) 60 97 70-0
 Fax (030) 60 97 70-13

E-Mail: info@werkstatt-der-kulturen.de
 Internet: <http://www.werkstatt-der-kulturen.de>

21.05.:

FEST FÜR DEMOKRATIE UND TOLERANZ AM BAHNHOF SCHÖNEWEIDE

21.05.2011, Beginn 13:00 Uhr, Ende: 22:00 Uhr
Vorplatz Bahnhof Schöneeweide

Unter der Schirmherrschaft der Bezirksbürgermeisterin Gabriele Schöttler veranstaltet das Bündnis für Demokratie und Toleranz Treptow-Köpenick in Kooperation mit dem Integrationsbeauftragten Treptow-Köpenick das 7. Fest für Demokratie und Toleranz.

Ab 13:00 Uhr präsentieren sich eine Vielzahl an Initiativen, Vereinen und Projekten und setzen ein gemeinsames Zeichen gegen den Rechtsextremismus und gegen Angsträume.

Ein buntes Bühnen- und Kinderprogramm bestehend aus Tanzgruppen, Akrobatik, Polittalk, Bands verschiedener ethnischer Herkunft, sowie sportliche Aktivitäten wie Kistenklettern, Torschusswand, Basketball etc. bieten bis 22:00 Uhr für jede Besucherin und jeden Besucher egal welchen Alters besondere Highlights.

Nähere Infos unter: http://www.berlin.de/ba-treptow-koepe-nick/beauftragte/intb_veranstaltungen.html#festdemokratie

21. bis 22.05., FEZ-Berlin:

HO[SCH]GELDIN BERLÜN – WILLKOMMEN BERLIN! Deutsch-Türkisches Jugend- und Familienfest

Für alle Berlüner und für die, die es werden möchten,
am 21./22. Mai 2011 im FEZ-Berlin, Eintritt frei
Schirmherr: Murat Topal, Comedian

Alle Infos unter <http://www.fez-berlin.de>

„Ich, Du, Er, Sie, Es – Wir sind Berlün!“, unter diesem Motto veranstaltet das FEZ-Berlin in Zusammenarbeit mit Young Voice TBB sein erstes großes Deutsch-Türkisches Jugend- und Familienfest: Ho[sch]geldin Berlün – Willkommen Berlin!

Am 21. und 22. Mai ist im FEZ-Berlin Berlüner Kultur live zu erleben: ein lebendiger Mix aus interkulturellen Mitmach- und Kreativangeboten, Sport- und Familienspielen sowie einem Nonstop-Bühnenprogramm.

Bekannte deutsch-türkische Künstler/innen geben sich hier die Mikros in die Hand. Neben dem Popstar Muhabbet, sind der Rapper Kool Savas, der Comedian und Schirmherr der Veranstaltung Murat Topal und der Schauspieler Ögür Özata dabei. Es präsentieren sich die Breakdancer der Danceacademy der Flying Steps,

die Too Funk Sistaz sowie die Tanzgruppen von Yek-dane, der Berliner Juxirkus, die türkischen Schattenspielfiguren Hacivat und Karagöz sowie die Bands Zeynep und Last Sound aus der deutsch-türkischen Community.

Die Jüngsten sind im Mitmach- und Kreativareal genau richtig. Hier lauschen sie den lustigen Geschichten des Nasreddin Hoca (türkischer Till Eulenspiegel), bauen eine Ramadanlampe und erfahren, wozu sie genutzt wird. Sie erlernen die Kunst der Henna- und Ebrumalerei oder bauen einfache Marionetten aus Recyclingmaterial.

Wer es gern sportlich mag, sollte die verschiedenen Möglichkeiten nutzen. Im Megakicker werden die Besucher zu Spielfiguren und treten gegeneinander an. Spaß verspricht das Kisten- und Turmklettern oder das Springen auf den Riesentrampolinen.

Lachen und Bewegung machen bekanntlich hungrig. Kisir, Eierkuchen und Co warten darauf, probiert zu werden. Die Mitmachküche des Bildungswerkes Kreuzberg (BWK) lädt ein, Schlemmereien der türkischen und deutschen Küche kennenzulernen und unter Anleitung eines Profi-Kochs gleich selbst mitzukochen.

Kontakt

FEZ-Berlin
Kinder-, Jugend- und
Familienzentrum
Straße zum FEZ 2
12459 Berlin

Tel.: (030) 530 71 -0
Fax: (030) 53071-111

E-Mail: info@fez-berlin.de
Internet: <http://www.fez-berlin.de>

27.05., Interkultureller Treffpunkt im GHS
und der *Neuköllner Dialog*:

BEGEGNUNG DER KULTUREN

Griechisch-kurdisch-türkischer Abend

Gemeinschaftshaus Gropiushaus(GHS)
Bat-Yam-Platz 1
12353 Berlin
U-Bahn Lipschitzallee (U7)

27.05.2011

Einlass: 18.00Uhr
Beginn: 19.00Uhr

Eintritt frei

(Solidaritätsbeitrag)

Weitere Infos:

<http://www.kkh-ev.de/veranstaltungen.html>

Kultur bewegt e.V.:

STADTTEILFÜHRUNGEN IM MAI 2011

„Route 44/ Zweite Heimat Neukölln/ Route 65

Route 44

Samstag, 7. Mai 2011 um 14 Uhr:

„Ein internationales Dorf“

Mit Gül-Aynur und Hanadi rund um den Richardplatz.

Mit Besuch der Gazi Osman Pasa Moschee.

Treffpunkt: Imbissbude auf dem Richardplatz

Samstag, 21. Mai 2011 um 13 Uhr:

"Alt und neu, laut und leise"

Mit Meryem und Fatima über den Richardplatz und entlang der Karl-Marx-Straße. Mit Besuch der Gazi Osman Pasa Moschee und eines türkischen Supermarkts.

Treffpunkt: U- und S-Bahnhof Neukölln (Karl-Marx-Straße/ Ecke Saalestraße)

Internet: <http://www.route44-neukoelln.de/>

Zweite Heimat Neukölln

Samstag, 14. Mai 2011 um 12 Uhr:

"Linie 7"

Mobilität, Migration und Zuhause sein im dörflichen Rixdorf und der Hochhaussiedlung Gropiusstadt sind auf dieser Spazier- und U-Bahntour zu erleben.

Mit: Julia Pankratyeva

Treffpunkt: U-Bahnhof Karl- Marx-Straße, vor Woolworth

Samstag 28. Mai 2011 um 13 Uhr:

"Das Dorf in der Stadt"

Zwischen dörflicher Idylle und glitzernder Shoppingmeile. Geschichten von böhmischen Flüchtlingen, Gastarbeiterinnen und Karagöz & Hacivat.

Mit: Gül-Aynur Uzun und Hanadi Mourad

Treffpunkt: U-Bahnhof Karl-Marx-Straße, vor dem Passage-Kino

Internet: <http://www.zweite-heimat-neukoelln.de/>

Kontakt

Kulturbewegt e.V.

Oranienburger Straße 37

10117 Berlin

Fon : (030) 70 222 023

E-Mail: info@kulturbewegt.de

Internet: <http://www.kulturbewegt.de>

Veröffentlichungen/ Internet-Tipps

Kinderbuchneuerscheinung:

ADILE

Ein Mädchen aus Istanbul

Anja Tuckermann

Illustrationen von

Ulrike Barth-Musil

Adile

Ein Mädchen aus Istanbul

Ab 9 Jahre

Originalausgabe

Durchgängig farbig bebildert

Ca. 96 Seiten, gebunden

Format 17 x 22 cm

EUR 9,90 [D], EUR 10,20

[A], CHF 15,90

WG: 1 250

ISBN 978-3-941411-37-1



Weitere Infos:

<http://www.klett-kinderbuch.de/index.php?id=182>

- Ein wichtiger Beitrag zum Thema „Interkulturelles Miteinander“
- Die packende Geschichte eines der ersten „Gastarbeiterkinder“
- Zum Nachfühlen, Fragen und Darüberreden
- Auch für die Grundschule geeignet

Vom Fremdsein und Zuhausefühlen

– hier und anderswo

Istanbul in den Siebzigerjahren – Adile mag es, den Möwen über dem Bosphorus zuzuschauen, und sie liebt es, bis spät in die laue Nacht hinein draußen zu spielen. Sie freut sich auf die Schule. Dann darf Papa ihr das Lernen nicht mehr verbieten. In Deutschland gibt es Arbeit, dort werden wir Türken gebraucht, hört sie. Kurz darauf ziehen die Eltern ins fremde Berlin, und als Adile nachkommt, ändert sich ihr Leben radikal. Einfach ist es nicht. Aber sie ist stark: Sie lernt gut Deutsch, und sie lässt sich vom Jähzorn ihres Vaters nicht einschüchtern. Sie findet sogar eine Freundin.

Dann kommt der Tag, an dem Adile alleine zurück zur Oma nach Istanbul muss.

Wieder fühlt sie sich fremd. Wieder findet sie ihren Weg

...

Friedrich Berlin Verlagsgesellschaft mbH

Klett Kinderbuch

Richard-Lehmann-Straße 14

04275 Leipzig

(0341) 35 05 965 (Telefon)

(0341) 96 284 10 (Fax)

E-Mail: info@klett-kinderbuch.de

Internet: <http://www.klett-kinderbuch.de>

Studie

MENSCHENHANDEL

zum Zweck der Arbeitsausbeutung

Eine explorative Untersuchung zu Erscheinungsformen, Ursachen und Umfang in ausgewählten Branchen in Berlin und Brandenburg - im Auftrag des Berliner Bündnisses gegen Menschenhandel zum Zweck der Arbeitsausbeutung.

Zur Studie: [http://www.gegen-](http://www.gegen-menschenhandel.de/index.php?option=com_content&view=article&id=76&Itemid=28&lang=de)

[menschenhan-](http://www.gegen-menschenhandel.de/index.php?option=com_content&view=article&id=76&Itemid=28&lang=de)

[del.de/index.php?option=com_content&view=article&id](http://www.gegen-menschenhandel.de/index.php?option=com_content&view=article&id=76&Itemid=28&lang=de)

[=76&Itemid=28&lang=de](http://www.gegen-menschenhandel.de/index.php?option=com_content&view=article&id=76&Itemid=28&lang=de)